

1:0 FÜR DIE BÜROKRATIE

SOLIDARNOSC-Führung hat versagt

Wir verliehen das Land mit dem Eindruck, daß die Bürokratie noch einmal die Oberhand gewinnt! Dies war unser Eindruck, als wir vor einem Jahr von unserem ersten Besuch aus Polen zurückkamen (siehe VORAN Nr. 53). Der 13. Dezember 1981 war der traurige Beweis. Mitte Oktober '82 starteten wir zu unserer zweiten Reise.

Der leere Zug und die scharfen Grenzkontrollen waren die ersten Zeugnisse des Kriegszustandes. Doch schon während der Fahrt bekamen wir einen Eindruck von der Stimmung im Lande: unsere Mitfahrer im Abteil diskutierten freimütig über die politische Lage, die Versorgung, über SOLIDARNOSC und Demonstrationen.

In Lodz auf dem Bahnhof angekommen, fielen zuerst die leeren Wände auf, Plakate und Plakate, im vorigen Jahr überall zu finden, fehlten. Alles war überpinselt oder abgerissen. Aber sonst schien alles beim Alten: geschäftliches Treiben in den Straßen, viele Autos, übervolle Busse und Straßenbahnen. Vor den Geschäften Schlangen, jedoch kürzer und seltener.

Es gab mehr Waren in den Läden. Supermärkte, die wir im letzten Jahr mit fast leeren Regalen sahen, verkauften jetzt

Gehölze, Suppen, Obst und Haushaltswaren. Noch größer war der Unterschied in den Restaurants. Man konnte wählen zwischen verschiedenen Fleischgerichten, manchmal sogar zwischen Kaffee und Tee.

Die Menschen empfinden die Änderung jedoch kaum. Nach der Machtübernahme wurden Lebensmittelkarten eingeführt. Die meisten Waren gibt es jetzt nur auf Marken. Und die Rationen sind dürftig: z.B. nur 1,5 kg Zucker und 1 kg Fleisch monatlich pro Person. Und die Preise sind stark gestiegen. 1 kg Fleisch kostet ca. 5% eines durchschnittlichen Facharbeiterlohnes (380 Sloty). Aber auch für Waren auf Karten muß angestanden werden. Und nicht selten gehen sie zu früh aus. Besondere Empörung erregte die jüngste Kartenreform: ein Paar Schuhe pro Person im Jahr.

Große Wut auf Regierung

Die Wut über die Verhältnisse ist nicht zu übersehen. Wenn auch der Ausdruck dieser Wut, die fast 10 Millionen Mitglieder große Gewerkschaft SOLIDARNOSC, verschwunden ist - mündlich konnten die Menschen nicht gemacht werden. Im Bus, in den Straßen, überall wird über "Jaruzelskis Krieg", wie der Kriegszustand genannt wird, diskutiert. Außer es steht gerade ein Militäronär in der Nähe. Aber auch sie müssen sich viele Beschimpfungen als "Gestapo" oder "Faschisten" gefallen lassen. Würden sie in belebten Straßen eingreifen, kann es schnell zu Menschenaufläufen kommen - woraus dann im Nu eine explosive Situation entstehen kann. Und spektakuläre Vorfälle versuchen die Staatsorgane, wenn's irgendwie geht, zu vermeiden. Die Staatsorgane haben sich auch damit abgefunden, daß die Leute gegen sie

sind. Nur zum Ausdruck kommen soll die Gegnerschaft nicht. Die Regierung genießt kein Vertrauen mehr unter den Massen. Konnte sie sich im Dezember immerhin noch auf Enttäuschung und Resignation über die Perspektivlosigkeit der SOLIDARNOSC-Führung stützen, so hat sie diesen Kredit bis heute reslos verspielt. Gerade bei den älteren Leuten konnte Jaruzelski mit einer duldsamen Haltung rechnen. War doch so oft gestreikt worden, hatte es doch so viele Demonstranten gegeben, ohne daß die Versorgung sich



Über einem Blumenkranz wird ein SOLIDARNOSC-Transparent entrollt (13. Oktober 1982).

massivem Druck nachkam. Die Menschen wurden kampfesüde.

Andererseits fühlte sich die Führung zu stark gegenüber der Regierung. Sie bemerkte nicht die stillen Entwicklungen in der Kampfbereitschaft der Massen. Die Bürokratie nutzte die Zeit besser und bereitete in aller Stille die vorläufige Zerschlagung der Gewerkschaft vor. Nicht einmal die vielen Hinweise aus der Armee und Miliz wurden von den Führern der SOLIDARNOSC ernst genommen (siehe Interview). Mit der Machtübernahme des Militärs wurde die Arbeiterbewegung "enthaupet". Die Organisation mit ihrem Apparat wurde vollständig zerschlagen. Die wenigen, die flüchten konnten, bauten im Untergrund neue Strukturen. Diese Organisationen blieben jedoch auf einzelne Orte beschränkt.

In dem Zusammenhang müssen auch die immer wieder aufflackernden Unruhen gesehen werden. Es sind mehr zufällige Ausbrüche der Wut und Resignation, dementsprechend brutal und gewalttätig. Sie ereignen sich fast ausschließlich dort, wo die Großindustrien gelegen sind - wie das letzte Aufflackern eines (vorläufig) erstickten Feuers.

In Lodz beispielsweise war es während der Oktoberunruhen ruhig. Nur verstärkte Patrouillen Militär und Miliz und größere Menschenmengen an den Blumenkreuzen vor den Kirchen wiesen auf den Protest gegen das Verbot der SOLIDARNOSC hin. Im Gegensatz dazu standen die Kämpfe in den Städten der Großindustrien Gdansk, Warschau und Kattowice.

INTERVIEW MIT EINEM HAUPTAMTLICHEN SOLIDARNOSC-MITARBEITER

Frage: Was und seit wann hast Du bei SOLIDARNOSC gearbeitet?

Antwort: Ich arbeitete in der Propagandaabteilung seit dem Frühjahr 1981. Hauptsächlich wertete ich die ausländische Presse aus und sammelte Informationen.

Frage: Wie ereignete sich die Machtübernahme des Militärs am 13. Dezember 1981?

Antwort: Der 13. Dezember war ein Tag wie der andere. Wir haben nichts gewollt in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember. Ich mußte mich anziehen, und sie brachten mich ins Gefängnis. Dort traf ich die meisten meiner Kollegen. Fast die gesamte örtliche SOLIDARNOSC-Führung wurde in dieser Nacht verhaftet.

Frage: Wie lange warst Du im Gefängnis?

Antwort: Insgesamt acht Monate.

Frage: Hattet Ihr Kontakt nach außen?

Antwort: Ja, ziemlich viel. Nicht nur durch die vielen Besuche, wir kriegten auch alle Zeitungen, auch ausländische.

Es bestanden einige Kontakte zum Untergrund, davon weiß ich aber nicht viel. Frage: Acht Monate ist eine lange Zeit, was habt Ihr gemacht?

Antwort: Wir intellektuellen haben Vorlesungen für die Arbeiter gehalten. Ich habe Deutsch gelehrt, andere machten Vorlesungen über Philosophie oder Soziologie.

Frage: Wie konnte es überhaupt zur Machtübernahme kommen? SOLIDARNOSC hätte doch Leute bei der Armee und Miliz?

Antwort: Ja, das stimmt. Aber die Führung hat die Hinweise ignoriert. Sie haben sich zu stark gefühlt. Sie dachten, die Regierung kann nichts machen. Noch am 13. Dezember, tagsüber, wurden einige Führungsleute von Militäroffizieren und Geheimdienstlern gewarnt. Nur deswegen konnten einige entkommen. In einigen Gewerkschaftsbüros waren noch nicht mal die Wachen anwesend. So hatte die Miliz keine Probleme.

Frage: Was wirst Du in Zukunft machen?

Antwort: Jetzt sitze ich den ganzen Tag herum. Ich habe keine Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Die Regierung will, daß wir ins Ausland gehen und gibt uns Ausreisewisa. Ich habe versucht, für die BRD und Schweden Einreisewisa zu bekommen. Aber ich warte schon ziemlich lange. Die wollen uns wohl nicht so gern. Wer die Möglichkeit hat, bleibt aber in Polen. Das werden vor allem die Arbeiter sein.

Frage: Die SOLIDARNOSC war also nicht vorbereitet?

Antwort: Überhaupt nicht. Die heute bestehende Untergrundorganisation wurde ausschließlich nach dem 13. Dezember aufgebaut.

Frage: Wovon lebst Du jetzt?

Antwort: Da ich Frau und Kind habe, erhalte ich Geld aus der ehemaligen Gewerkschaftskasse, die beschlagnahmt wurde und jetzt von einem Staatskommissar verwaltet wird.

entscheidend verbessert hätte. Große Versprechungen nach der Machtübernahme taten ein Übriges. Doch nicht einmal der ehemalige KP-Führer Glerak wurde, wie angekündigt, vor Gericht gestellt. Heute soll er außer Land in einem Kurort leben.

SOLIDARNOSC fühlte sich zu stark

Aber wie konnte es überhaupt zur Niederschlagung der SOLIDARNOSC kommen? Eine so starke Organisation, in der 4/5 aller Arbeiter und Angestellten organisiert waren, kann nicht ohne weiteres zerstört werden. Aber auch eine noch so entschlossene Arbeiterklasse kann nicht ewig kämpfen, wenn das Ziel nicht klar ist. Und das lag in erster Linie an der halbherzigen Führung von SOLIDARNOSC, allen voran Walesa, der Forderungen der Basis immer erst nach

Arbeiterbewegung nicht endgültig geschlagen

Das Hauptziel der Bürokratie wird es sein, die Herausbildung einer neuen Führung der Arbeiterklasse zu verhindern. Eine Führung mit klarem Ziel und Programm kann die Arbeiterklasse aus ihrer Resignation wieder herauslösen und zu einer Kampfbereitschaft führen, die ein für allemal Schluß macht mit den Bürokraten, von denen die Arbeiter nichts mehr zu erwarten haben.

Mit der Freilassung Walesas erhofft sich die Regierung, der Arbeiterbewegung eine kontrollierbare Führung zu geben. Das hohe Ansehen, das Walesa nicht zuletzt deswegen genießt, weil er "rechtzeitig" verhaftet wurde und seine bremsende Politik in der SOLIDARNOSC-Führung nicht zu deutlich wurde, soll eingesetzt werden, einen erneuten "Dialog" zwischen Arbeitern und Regierung in Gang zu setzen. Dieser "Dialog" wird aber mit Sicherheit keinen einzigen Vorteil für die Arbeiter bringen. Allenfalls neue zerstörte Hoffnungen.

Arbeiterdemokratie einziger Ausweg

Die Entwicklung der vergangenen 2 Jahre hat zu einer starken Politisierung der Arbeiter geführt. Unsere Argumente, daß nur eine politische Revolution wirkliche Veränderungen bringen kann, stießen auf viel Interesse. Die Machtübernahme des Militärs als Ergebnis der halbherzigen Politik der SOLIDARNOSC läßt viele zweifeln, daß eine Lösung nur in der Zusammenarbeit mit der Regierung möglich sei. Denn nur die Entmachtung der ganzen Bürokratie und die Einführung von Arbeiterkontrolle kann die Vorteile der Planwirtschaft zum Wohle aller nutzen.

BRESCHNEW IST TOT - STALINISMUS BLEIBT

Mit dem KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew verstarb im November kein leninistischer Revolutionär der alten Garde, sondern ein Spitzenbürokrat, der seinen Aufstieg allein der totalitären stalinistischen Herrschaft zu verdanken hat. 1906 geboren, konnte er die Oktoberrevolution von 1917 und die darauffolgenden Jahre der militärischen Verteidigung der Revolution noch nicht bewußt miterleben. Seine Parteikarriere begann erst in den 30er Jahren, als unter Stalin alle Ansätze zur Arbeiterdemokratie verschwunden waren und Tausende alter Mitarbeiter der Revolutionsführer Lenin und Trotzki "weggesäubert" und "beseitigt" wurden. Die KPdSU, der Breschnew 1931 beitrug, war

nicht mehr die alte revolutionäre Kampfpartei, sondern die Partei der Staatsbürokraten und Fabrikdirektoren, der Karriereisten und Ja-Sager.

Er diente sich seit Ende der 30er Jahre beharrlich in der Partei hoch und wurde 1950, noch unter Stalin, Parteichef in der von Rumänien besetzten Sowjetrepublik Moldawien. Unter Stalin-Nachfolger Chruschtschow wird Breschnew 1957 Vollmitglied des Parteipräsidiums (Politbüro), bis er 1964 beim Sturz Chruschtschows selbst zum Parteichef ernannt wird.

Breschnew erlebte den Aufstieg der Sowjetunion vom rückständigen Agrarland zu einer wichtigen Industrie- und Militärmacht. Dies wäre ohne Abschaf-

fung von Kapitalismus und Großgrundbesitz und ohne zentrale Planwirtschaft nie möglich gewesen. Doch speziell in den Jahren unter Breschnew haben die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums und die verschwenderischen Fehlplanungen gezeigt, daß die Vorteile der Planwirtschaft in diesem 270-Millionen-Staat ohne breite Arbeiterdemokratie nicht zum Tragen kommen können.

Breschnew wurde als der große "Entspannungspolitiker" gefeiert. Der Wiener Bruderkuß von 1979 mit dem damaligen US-Präsidenten Carter zeigte an, daß sich die Kreml-Bürokraten und die westlichen Kapitalisten vor allem über eines einig sind: daß es so bleiben soll, wie es war

("Status Quo"). Denn bei aller Gegensätzlichkeit der beiden Gesellschaftssysteme ist es die Furcht vor einer echten sozialistischen Arbeiterdemokratie, die die Machthaber in Ost und West verbindet.

Der Tod Breschnews ändert nichts an der verkrusteten stalinistischen Herrschaft. Er bietet höchstens den jüngeren im greisen Politbüro, also den unter 70-jährigen, die Chance, sich zu bewähren: Breschnews Nachfolger Andropow ist "erst" 68; das Durchschnittsalter aber liegt bei knapp 70 Jahren!

Hans-Gerd Öflinger, Remscheid
AG Sprecher Jusos Süd



Sozialistische Anhänger nach dem Wahlsieg Mitterands

Französisches "Modell":

REFORMSTOPP STATT SOZIALISMUS

Keine Arbeiterpolitik ohne Bruch mit dem Kapital

durchgeführt und ist deshalb auch immer noch sehr populär.

Programm und Wirklichkeit

Mindestrenten und Mindestlohn sind angehoben worden, aber die Reichen sind reich und die Armen arm geblieben. Die versprochene Einführung der 35-Stunden-Woche soll jetzt zeitlich gestreckt über fünf Jahre stattfinden. Der Staat gleicht den Unternehmen die verlorengegangenen Profite aus.

Am 1. Februar diesen Jahres wurde die 39-Stunden-Woche eingeführt. In vielen Bereichen haben die Arbeitgeber versucht, damit auch die Löhne zu drücken, was zu vielen Streiks in Krankenhäusern, beim Zoll, bei der Bahn und in der Metallindustrie geführt hat. Als sich der sozialistische Arbeitsminister dafür stark machte, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchzuführen, zwang die Streikdrohung der Gewerkschaften Mitterand dazu, von seinem Veto-

recht als Präsident Gebrauch zu machen und zu verfügen, daß die eine Stunde doch bezahlt wird. Nächstes Jahr soll es keinen vollen Lohnausgleich geben, und die Zukunft, so Mitterand, wird von der wirtschaftlichen Lage abhängen.....

Ein wichtiger Bestandteil im sozialistischen Wahlprogramm war auch die Verstaatlichung von elf der größten Konzerne gewesen. Inzwischen hat der französische Staat nur sechs davon übernommen. Den Aktionären wurden Entschädigungsgelder in Höhe von 55 Milliarden Franc gezahlt - das ist dreifach bis vierfach so viel, wie der Staat durch zusätzliche Besteuerung der Reichen, reinholt. Gleichzeitig wurden die Forschungsmittel, also auch Zuschüsse an das Kapital, 1982 gegenüber 1981 verdreifacht. Sozialabgaben wurden für die Unternehmer gesenkt, für die Arbeiter erhöht. Außerdem verteilte die Regierung noch Investitionsbeihilfen an die Unternehmer.

Außenpolitisch ist der große

"Wandel" ohnehin ausgeblieben. Frankreich rüstet weiter auf. Dieses Jahr sind die Militärausgaben um 17% erhöht worden.

Die Erhöhung der Mindestrenten und Mindestlöhne hat viel Kaufkraft freigesetzt, aber den Aufschwung hat auch das nicht herbeigezaubert. Im Gegenteil: Zwischen Mai '81 und Mai '82 ist die Arbeitslosigkeit von 1,76 Millionen auf 2,1 Millionen angewachsen. Gleichzeitig ist die Inflationsrate auf 14% angestiegen. Im Mai '82 war das monatliche Außenhandelsdefizit Frankreichs so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Kurswechsel

Nachdem der Preisanstieg im ersten Viertel 1982 mit 14% höher war als im ganzen Jahr 1981, will die Regierung jetzt mit einem Preis- und Lohnstopp die Lage wieder in den Griff kriegen. Aber dieses Mittel hat schon in der Vergangenheit nur zu einem getaucht - nämlich dazu, die Re-

alöhne zu senken. Die hohen Löhne seien an der Inflation Schuld, meinen die "sozialistischen" Minister. 1982 sollen die Lohnabschlüsse 10% nicht übersteigen, was einem Reallohnverlust gleichkommt.

"Linke" Alternativen?

Die französische Kommunistische Partei war immer für viele Linke in der BRD ein großes "europäisches Vorbild". Doch die KP-Führung zieht bei dieser Politik voll mit. Hauptsache, so scheint es, sie behält ihre vier Minister im Kabinett. Auf dem Parteitag warb KP-Führer Marchais um "Geduld". Verkehrsminister Filerman wollte die Fahrpreise für die Eisenbahn senken, Regierungschef Mauroy sagte "Non", Filerman gab klein bei. Die KP verliert zur Zeit Mitglieder, Wähler und Leser ihrer Tageszeitung. Die Parteispitze wird unter starkem Druck ihrer Basis kommen, sich von der Politik der Regierung abzusetzen. Es wird früher oder später so zum Rücktritt der kommunistischen Minister kommen. Aber dann werden sie sich genau über die Politik beschweren, die sie heute aktiv mit tragen...

Das "französische Modell" droht Schiffbruch zu erleiden, so lange die sozialistische Regierung keinen klaren Bruch mit dem Kapitalismus vollzieht. Erst wenn sie alle Schaltzentralen der wirtschaftlichen Macht verstaatlicht sind und von den Arbeitern kontrolliert sind, können die Arbeitslosigkeit abgeschafft und die Reformen bezahlt werden. Sonst verhilft die bisherige Politik dem reaktionären Gaullistenführer Chirac an die Macht.

Hans-Gerd Öllinger

Für Arbeiterdemokratie in Polen

SOLDARITÄT - ABER WIE?

Die Kapitalisten im Westen, ihre Parteien und die bürgerliche Presse haben die Verhängung des Kriegsrechts in Polen vor einem halben Jahr dazu benutzt, die Idee des Sozialismus erneut in den Schmutz zu ziehen. Sie wollen damit von den Schwierigkeiten im eigenen Lager ablenken. Die Machthaber in Polen haben ihnen dabei hervorragend in die Hände gearbeitet.

Aus gutem Grund sieht der Westen aber davon ab, die polnische Militärregierung in zusätzliche ökonomische und politische Schwierigkeiten zu bringen. Im Gegenteil. Die ganzen Lebensmittelfürnisse und die ganze Diplomatie laufen darauf hinaus, das Regime zu stützen. Das gilt auch für die US-Regierung, obwohl sie scheinbar einen harten Kurs einschlägt. Doch auch bei Reagan ist es notwendig, zwischen Worten und Taten zu unterscheiden.

Sanktionen

Die relativ schwachen Handelsverflechtungen zwischen USA und Ostblock erlauben es der Reagan-Administration, stärkere Worte gegenüber der Ostblockbürokratie zu benutzen als die westeuropäischen Regierungen.

Am meisten Wirbel verursacht die Verweigerung der Exportgenehmigung für die Ausrüstungen zur Erdölförderung und zum Bau von Erdgasleitungen. Doch diese Sanktionen richten sich wohl eher gegen die westeuropäischen Staaten als gegen die Sowjetunion.

Wie auf allen Märkten, so wird auch der Konkurrenzkampf auf dem Energiesektor stärker. Die amerikanische Kohleindustrie war schon immer ein erbitterter Gegner des Erdgasgeschäftes UdSSR-Westeuropa.

Kredite

Auch die Diskussion um die Polenkredite hat gezeigt, daß Reagan sehr wohl weiß, welche Linie im eigenen Interesse angebracht ist. Das Außenministerium erklärte ausdrücklich, daß eine Zahlungsfähigkeitserklärung "der amerikanischen Politik zuwiderläufe" und "es sei nicht die Absicht Washingtons, der polnischen oder sowjetischen Regierung eine Lektion zu erteilen". Außenminister Haig erklärte, daß man mit einer Zahlungsfähigkeitserklärung bei den eigenen Handelspartnern und dem westli-



chen Bankensystem enorme Probleme verursachen würde. Anstatt Polen zahlungsunfähig zu erklären, hat es Reagan vorgezogen, für die polnische Bürokratie bei den Banken in die Bresche zu springen und die Übernahme überfälliger Schulden von 71 Mio. Dollar durch den amerikanischen Staat zugesagt.

Das westliche Kapital geht realistischere Wege davon aus, daß eine Rückkehr zum Kapitalismus im Ostblock nicht möglich ist - weder durch Konterrevolution noch durch Krieg gegen diese Staaten. Also gibt es nur die Möglichkeiten: Sozialismus oder Fortsetzung der stalinistischen Diktatur. Vor diese Alternative gestellt, zieht der Westen den Stalinismus allemal vor, bietet er doch die Möglichkeit zu anti-sozialistischer Propaganda. Eine wirkliche sozialistische Demokratie hätte dagegen eine enorme Anziehungskraft auch auf die

westlichen Arbeiter und wäre für das Kapital unendlich viel gefährlicher.

Entspannungspolitik

Leider unterscheidet sich das Verhalten der Gewerkschaftsführer und Führer der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien im Westen kaum von dem der Kapitalisten. Die diplomatischen Gespräche zwischen SPD-Funktionären und der Clique um Jaruzelski werten das Militärregime enorm auf, und das kann niemals im Interesse der Arbeiterbewegung sein. Der Dialog mit der Ostblockbürokratie wird verkauft als Fortsetzung der Entspannungspolitik. Aber was hat das mit Entspannung zu tun, wenn im Osten die Arbeiter durch eine Seite der "Entspannungspolitik" unterdrückt werden und ihre Gegenspieler den Nato-Nachrüstungsbeschlüssen beifügen?

Die Gewerkschaften im Westen und insbesondere in der BRD haben Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt, wie sie bisher für die Türkei noch nicht auf die Beine gebracht haben. Der Tenor der ganzen Solidaritätswele lief im Grunde darauf hinaus, bei den Gewerkschaftsmitgliedern Vorurteile gegenüber dem Sozialismus zu schüren.

Lebensmittelfilfe

Es kann niemals unser Interesse sein, daß die polnische Bevölkerung Hunger leidet. Lebensmittelfürnisse an anonyme Empfänger bzw. in die Hände der polnischen Bürokratie oder der Kirche bewirken aber in erster Li-

ne, daß das System, das die miserabile Versorgungslage zu verantworten hat, stabilisiert wird. Für "Solidaritäts"-mitglieder muß es ein Schlag ins Gesicht sein, daß ausgerechnet seit Verhängung des Kriegsrechts umfangreiche Lebensmittelfürnisse nach Polen geschickt werden. Vor einem Jahr hätte die Bevölkerung sie genauso nötig gehabt. Lebensmittelfürnisse sollten nur von Gewerkschaften zu Gewerkschaften gehen. Daß so was möglich ist, zeigt das Beispiel der Bremer Vulkan-Werft, deren Arbeiter direkt Lebensmittel an die Danziger Lenin-Werft geliefert haben.

Dagegen leidet der DGB seine materielle Hilfe über die katholische Caritas und das Rote Kreuz. Das polnische Rote Kreuz untersteht ebenso wie die Miliz und der Sicherheitsdienst dem Innenministerium.

Internationale Solidarität

Wir müssen in den Gewerkschaften und in der SPD dafür kämpfen, daß die organisierte Arbeiterbewegung im Westen, dem polnischen Militär, der ganzen Bürokratie und die sogenannte Kommunistische Parteien die Legitimation aberkennt, Vertreter der polnischen Arbeiterklasse zu sein. Unsere Aufgabe muß es sein, das Militärregime und die ganze Ostblockbürokratie durch massive Unterstützung der "Solidarität" zu schwächen. Unser Ziel muß sein, die stalinistische Diktatur zu stürzen und eine Arbeiterdemokratie zu errichten.

HANS BLUNCK, STUTTGART

Polnische Bürokratie festigt ihre Macht

ARBEITER NIEDERGESCHLAGEN

Westliche Heuchelei über Menschenrechte

STUART GARVIE, KÖLN

16 Monate lang haben bewußte Arbeiter in allen Ländern mit Interesse, Sympathie und Anteilnahme den Kampf der polnischen Arbeiter gegen die herrschende Bürokratie verfolgen können.

In Polen hat in dieser Zeit eine Art gesellschaftlicher Doppelherrschaft bestanden: Die Arbeiter und ihre über zehn Millionen Mitglieder der starken Gewerkschaft Solidarnosc beherrschten fast alles, ohne offiziell die Staatsmacht erobert zu haben.

Ein solcher Zustand kann nicht unbegrenzt lange andauern: die eine oder andere Seite muß sich voll und ganz durchsetzen.

Am 13. Dezember haben die stalinistischen Bürokraten das Kräftespiel ausgerufen und ihre Macht mit brutaler Gewalt wieder gestiftet. In den großen Industriezentren waren die Arbeiter zwar noch Wochen nach dem 13. fest entschlossen, ihre Errungenschaften zu verteidigen und sich in den Betrieben und Bergwerken zu verbarrikadieren. Doch heute herrschen unter der Bevölkerung Angst, Niedergeschlagenheit, Verbitterung, Verzweiflung und Demoralisierung vor.

Politische Forderungen

Daß das "polnische Experiment" vorläufig gescheitert ist, liegt bestimmt nicht an den Arbeitern. Mit ihrer Kraft und Entschlossenheit hätten sie im August 1980 und den folgenden Monaten ohne Blutvergießen die ganze Staatsmacht erobern können. Ihre Forderungen waren von Anfang an nicht nur wirtschaftlich oder gewerkschaftlich, sondern gingen ans Mark: Streikrecht, volle demokratische Rechte, Abschaffung der Privilegien von Milliz und Bürokratie, freie Wahlen, Arbeitermiliz statt stehendem Heer.

Daß es um alles oder nichts ging, war auch der Bürokratie klar. Doch leidet sind die Führer der Solidarnosc zu spät und auch nur teilweise zu dieser Schlußfolgerung gekommen.

Gründliche Vorbereitungen

Die Vorbereitungen für den Putsch wurden nicht erst ein paar Tage vorher getroffen, sondern schon seit Monaten. Lebensmittelvorräte wurden angelegt, kleine Kampfgruppen von Militärs und Polizei wurden gestellt. Namenslisten von führenden Solidaritätsmitgliedern wurden zusammengestellt, die Reaktion der Medien wurde geplant und geübt. Dies alles scheint das Werk von Jaruzelski zu sein.

Er, der kühle und nüchterne stalinistische Militärbürokrat, ließ noch einmal die Stimmung und Reaktion unter den Arbeitern testen, ehe er zum Schlag ausholte. Generalprobe war Anfang Dezember die gewaltsame Räumung der Warschauer Feuerwehrhochschule.

Als die Basis der Solidarnosc Arbeiterbewegung zur Verteidigung gegen solche Übergriffe forderte, mußte die Führung diesem Druck nachgeben. Wale-

szel den Termin für einen Generalstreik fest - erst für eine Woche später! Aber gleichzeitig ließ er sich wieder auf das Glas-eis der Verhandlungen (woüber???) mit der Regierung locken. Dies mußte die Kollegen an der Basis verwirren und enttäuschen. Jaruzelski konnte den endgültigen Schlag wagen.

Im August 1980 warnte der General den damaligen Parteichef Gierek vor einem Einsatz von Militär und Milliz. Er wußte, daß dies zu einer für die Bürokratie tödlichen Explosion geführt hätte. Doch inzwischen war die Stimmung unter den Arbeitern umgeschlagen. Sie hatten eineinhalb Jahre gekämpft wie es kaum jemals in einem anderen Land die Arbeiter fertiggebracht hatten - aber wofür? Von den höheren Löhnen konnten sie sich nicht mehr kaufen. Das ohnehin schon vorhandene Chaos wurde durch Sabotage seitens der Bürokratie weiter vertieft. Die vielen tagtäglichen kleineren und größeren Kämpfe, das stundenlange Schlangestehen vor den Geschäften mußten zwangsläufig zur Ermüdung und Demoralisierung führen. Vor allem dann, wenn die eigene Gewerkschaftsführung keinen Ausweg und keine Perspektive anzubieten hat.

Westliche Heuchelei

Die Reaktion der westlichen Regierungen angesichts der Machtübernahme Jaruzelskis in Polen ist ein einziges Affentheater. Die sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und der BRD wurden zwar durch die Entzündung und Wut ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften gezwungen, die Militärdiktatur und die Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen. Sie haben aber Angst davor, zu weit zu gehen, weil sie den Druck der Unternehmer spüren, die sich viele Gewinne aus dem Osthandel versprechen. Die westlichen Banken wissen durchaus, daß Jaruzelski die beste Chance dafür bietet, daß sie die umfangreichen Kredite an Polen samt Zinsen überhaupt wiedersehen können. Andere Regierungen schlagen natürlich aus der ganzen Sache bereitwillig antikomunistische Propaganda heraus. Aber ihnen ist doch jede Form von Gewalt Herrschaft recht, solange die Arbeiter nicht selbst die Macht ausüben, die Privilegien der Bürokratie beseitigen und damit zeigen, wie eine sozialistische Demokratie aussehen kann.

Doch Reagan - ein nicht aufgrund seiner brillanten Intelligenz bekannter Politiker - hat einen Kurs eingeschlagen, der vom kapitalistischen Standpunkt aus dem absoluten Wahnsinn gleichkommt. Glaubt er wirklich, daß - vorausgesetzt, die Arbeiter von Solidarnosc würden ihren Kampf um die Demokratie gewinnen - sie die Verfassung der Vereinigten Staaten annehmen... und den Kapitalismus wieder einführen würden? Die weitsichtigeren Vertreter des Kapitals befürchten eher, daß die polnischen Arbeiter

einen demokratischen Arbeiterstaat errichten würden.

Um dies zu verhindern, braucht Jaruzelski vor allem auch verstärkte westliche Hilfe. Und gerade diese Hilfe will ihm Reagan verweigern!

Glauben denn Reagan und die NATO wirklich, die Weltöffentlichkeit würde ihnen abnehmen, wenn sie Tränen über die Menschenrechtsverletzungen in Polen vergießen, gleichzeitig aber die brutalen Militärregimes in Chile, El Salvador und der Türkei unterstützen?



Die zuverlässigeren Stimmen des Kapitals machten ihren Standpunkt gegenüber Polen von Anfang an klar. In der Londoner "Financial Times" vom 19.12.81 begann ein Leitartikel folgendermaßen: "In den letzten zwei Wochen haben wir einige gute und einige schlechte Nachrichten gehabt. Die gute Nachricht ist die Intervention in Polen. Die schlechte sind die Abrüstungsgespräche zwischen der USA und der Sowjetunion in Genf."

Kapitalisten sind immer eiskalte Realisten, wenn ihr Geld auf dem Spiel steht, und in Polen geht es um sehr viel: 27 Milliarden Dollar sind die Gesamtschulden Polens im Westen, davon alleine 18 Milliarden Dollar an Privatbanken. Abgesehen von politischer Heuchelei werden die Banken Jaruzelski nicht im Stich lassen, weil sie ihr Geld wiedersehen wollen.

Unentschlossene Führung

Von Anfang an betrachtete sich ein großer Teil der Führung von Solidarnosc als Gewerkschafter ohne jeglichen politischen Anspruch. Das war ihr grundsätzlicher Fehler! In einem Land, wo der Staat der einzige Arbeitgeber ist, stellt eine unabhängige Gewerkschaft eine Herausforderung an die politische Führung dieses Staates dar und kann nicht "unpolitisch" sein. Solidarnosc hätte nur Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn sie sich in eine politische Bewegung umgewandelt hätte, um die Herrschaft der Bürokratie direkt herausfordern zu können. Stattdessen ging die Führung mit Samthandschuhen mit dem stalinistischen Staat um: Auf Geheiß ihrer intellektuel-

len Berater (Kuron und das KOR) sowie der Kirche versuchte die Führung, Streiks abzublasen und Mitglieder zu beruhigen. Waleza bezeichnete sich selbst sogar als "Feuerwehrmann", der den Brand zu löschen versuche. "Wir dürfen die Regierung nicht provozieren", wurde den kämpferischen Kollegen entgegengehalten. Dabei brauchte die Bürokratie gar nicht mehr provoziert zu werden. Sie wartete seit August 1980 auf den geeigneten Zeitpunkt zum Gegenschlag, und fühlte sich durch die schwankende, ver-

sicherliche unentschlossene Haltung der Solidarnosc-Führung besärgt.

Kirche

Wie in allen anderen Ländern, so arrangierte sich auch in Polen die katholische Kirche letzten Endes immer mit den Herrschenden. Vielen Arbeitern wird aufgefallen sein, daß sie in den letzten Monaten versucht hat, die Bewegung zurückzuhalten. Sie sah die kommenden Auseinandersetzungen voraus und beschränkte sich darauf, vor Blutvergießen zu warnen. Seit der Machtübernahme ist die Kirche eine der wichtigsten Stützen Jaruzelskis bei der Verunsicherung der Arbeiterklasse. Dieser ließ ausgerechnet während seiner Gespräche mit Kardinal Glomp den Arbeiteraufstand niederschlagen.

Wie geht es weiter?

Die unmittelbare Zukunft Polens steht schwarz aus - jetzt schon fühlt sich Jaruzelski stark genug, um massive Preissteigerungen von bis zu 400% durchzusetzen, gleichzeitig aber das Kriegsrecht zu lockern. Der Generalstreik, zu dem einige Solidaritätsführer aus dem Untergrund aufrufen, hat nicht stattgefunden, obwohl die Arbeiter einige heldenhafte, aber isolierte Kämpfe gegen das Regime geführt haben. Ohne nationale Absprache ist es unmöglich, einen totalen Streik gegen das Kriegsrecht zu organisieren.

Vor allem hat auch die Taktik des Widerstandes eine Niederschlagung begünstigt. Anstatt massiv und geschlossen auf die Straße zu gehen, um so die ein-

fachen Soldaten und Polizisten umzustimmen, verbarrikadierten sich viele kämpferische Belegschaften in ihren Betrieben, Werften und Zechen. Jaruzelski konnte sie deshalb mit relativ wenigen Eliteeinheiten nacheinander niederschlagen und zur Aufgabe zwingen.

Doch mit militärischer Gewalt wird auch Jaruzelski die Probleme nicht lösen können, die die herrschende Schicht in den letzten 35 Jahren nicht lösen konnte. Die katastrophale Lebensmittelversorgung und der Rohstoffmangel können nur in einem demokratischen Arbeiterstaat auf der Grundlage einer Planwirtschaft gelöst werden.

Jeder Gewerkschafter weiß, daß eine Gewerkschaft nicht nur aus ihrem Vorstand besteht. In jedem Betrieb gibt es Dutzende Arbeiterführer, jede Belegschaft hat ihre Sprecher. Deshalb wird es Jaruzelski unmöglich sein, alle Gewerkschaftsführer zu inhaftieren. Selbst sein Versuch, Mitglieder der Solidarnosc unter Druck zu setzen, entweder aus der Gewerkschaft auszutreten oder ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wird die Bewegung nicht ausrotten können, sondern sie lediglich in den Untergrund treiben. In den letzten 18 Monaten haben politische Arbeiter Tag für Tag nebeneinander gekämpft, die Kunst des Kampfes und der gewerkschaftlichen Organisation erlernt und die Gelegenheit gehabt, die besten und erfahrensten Kollegen in jeder Fabrik, Stadt, etc. kennenzulernen und ihre Nachbarn und Kollegen in den Kampf einzubeziehen.

Das wichtigste aber ist, daß die Bürokratie keine Massenbasis in der Bevölkerung und kein so weites Spionagenetz hat, um die Namen aller kritischen Arbeiter und aller Solidarnosc-Organisationen ermitteln zu können. Deshalb kann sie die Gedanken und Aktivitäten der Massen nicht kontrollieren. Eine neue Schicht von Arbeiterführern wird sich herausbilden, die zwar meistens keine führenden Positionen halten, die aber von Anfang an die aktivsten und am meisten politisch orientierten Schichten der Solidarnosc stellen.

In den Jahren 1956, 1970 und 1976 lehnten sich die polnischen Arbeiter gegen stalinistische Diktatur auf und gingen in die Offensive für Gerechtigkeit und Demokratie. Jedesmal lernten sie aus den Fehlern, und jedesmal hatten sie mehr Erfolg als beim vorigen Mal. Es kann nur eine Frage von wenigen Jahren sein, bis der nächste Aufstand stattfindet. Denn zu groß ist das politische und wirtschaftliche Chaos Polens und der anderen Ostblockstaaten. Aber das nächste Mal wird es ohne Zweifel einen politischen Kampf um die Staatsmacht geben. Wenn es soweit kommt, dann werden die Tage der Machtteile gezählt sein. Zum ersten Mal in der Geschichte Polens wird ein wirklicher Sozialismus auf der Tagesordnung stehen.

Polen ist nur die Spitze des Eisbergs

ARBEITERDEMOKRATIE STATT BÜROKRATENHERRSCHAFT!

Wie die stalinistischen Staaten in Osteuropa entstanden

Vor 64 Jahren eroberte die russische Arbeiterklasse zusammen mit den armen Bauern Rußlands unter der Führung der Bolschewiki die Macht...

Wesentliche Errungenschaften der Oktoberrevolution waren zunächst die Nationalisierung des Landes, die Landverteilung an die armen Bauern...

Auf der Grundlage von Gemeineigentum und Planwirtschaft war der Sowjetunion der Aufstieg aus dem Kreis der ärmsten Nationen mit einer halbfleudalen, zörischen Gesellschaft zur zweitstärksten Industrienation der Welt möglich...

Auch die Ostblockstaaten, die im Gefolge des zweiten Weltkrieges nach dem Vorbild der Sowjetunion errichtet wurden, konnten in der Vergangenheit auf der Grundlage von Gemeineigentum und Planwirtschaft wirtschaftliche Fortschritte wie die Abschaffung der Arbeitslosigkeit...

Dies alles sind Errungenschaften, die jeder Sozialist zweifelsfrei begrüßen und verteidigen wird.

Doch trotz aller Fortschritte: die totalitären Diktaturen des Ostblocks treten die Rechte der Arbeiter mit Füßen täglich zuzunehmen sie (sehr zum Gefallen der westlichen Kapitalisten) das Wort "Sozialismus" durch den Schmutz der Arbeiter auf der ganzen Welt sind abgestoßen von den Hinterlassenschaften des Stalinismus...

Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Wohin treiben diese Staaten?

Räte-demokratie

Durch die Oktoberrevolution wurde die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlagen. Die Arbeiterklasse kontrollierte im Bündnis mit den armen Bauern durch ihre Massenorganisationen, die Räte (Sowjets), die Gesellschaft...

Die Regierung, der "Rat der Volkskommissare", unter Lenins Vorsitz, war den Sowjets direkt verantwortlich.

In dieser Periode war es das demokratischste Regierungssystem, das es je existierte. Die einzige Partei, die verfaßt wurde, waren die "Schwarzen Hundertschaften", berichtigt wegen ihrer antisemitischen Ausschreitungen.

Alle anderen Parteien, auch die kapitalistischen, konnten sich frei organisieren, solange sie nicht zum bewaffneten Kampf gegen die Arbeitermacht übergingen. Von den verschiedensten Historikern wird die Geschichte der Sowjetunion immer wieder so dargestellt, als habe von Anfang an Unterdrückung und Gewalt geherrscht...

Notstandsmaßnahmen

Nach der (übrigens fast unbühtigen) Oktoberrevolution zettelten Monarchisten, Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Westmächte gemeinsam einen blutigen Bürgerkrieg an. Die konterrevolutionären Weißen Armeen versuchten, unterstützt von Imperialismus, den Arbeiterstaat zu zerbrechen.

Die kriegsmüden russischen Massen sahen sich dem Einmarsch von 21 imperialistischen Armeen an 14 Fronten gegenüber. Auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs war die Situation so bedrohlich, daß die Sowjetmacht nur noch in den Gebieten um Petrograd und Moskau existierte.

In diesem Zusammenhang wurden die kapitalistischen Parteien, schließlich auch die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre wegen ihrer Teilnahme am Bürgerkrieg auf Seiten der Weißen verboten. Die Partei der linken Sozialrevolutionäre wurde verboten, nachdem sie den deutschen Botschafter in Moskau erschossen und einen Mordanschlag auf Lenin verübt hatte.

Doch Lenin sah diese Parteienverbote nur als vorübergehende Maßnahmen der Notwehr im Bürgerkrieg an. Er warnte, wenn sie sich nicht eigenständig organisieren können, unweigerlich innerhalb der Partei der Bolschewiki zum Vorschein käme. Damit sollte er Recht behalten.

Hungersnöte

Nachdem bis Ende 1920 der Bürgerkrieg zu Gunsten der Arbeiterstaaten gewonnen war, türmten sich weitere Probleme auf: eine riesige Hungersnot suchte das von Weltkrieg und Bürgerkrieg verwüstete Land heim.

Gegen den Rußland wurden in dieser Zeit sogar Fülle von Kannibalismus berichtet. Hinzu kam, daß die europäische Arbeiterklasse in keinem anderen Land die Macht erringen konnte.

Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki hatten die russische Revolution jedoch immer nur als Auftakt zur internationalen Revolution gesehen. Ihnen war klar, daß der Aufbau des Sozialismus in einem so rückständigen, halbfleudalen Agrarland wie Rußland ohne die Hilfe der westlichen Arbeiterklasse unmöglich war.

Sie setzten ihre Hoffnungen besonders in die deutsche Arbeiterklasse, die in der revolutionären Erhebung 1918/19 ebenfalls Arbeiter- und Soldatenräte gebildet hatte.

Doch die deutsche Revolution wurde (vor allem mit Hilfe der Führung der sozialdemokratischen Partei) wieder in bürgerlich parlamentarische Bahnen gelenkt und vorläufig geschlagen.

Nicht besser erging es den revolutionären Erhebungen in Italien, Frankreich, der Rätebewegung in Ungarn und den Räterepubliken in Österreich und Bayern. Die russische Revolution blieb isoliert.

Druck der Bauern

Neue Gefahren entwickelten sich 1921 mit einer Serie von Bauernunruhen. Die Beschlagnahme von Korn veränderte die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Nahrungsmitteln und führte zu Hungersnöten. In Kronstadt kam es zu einer Revolte neu eingezogener bäuerlicher Matrosen. Dies widerspiegelt die verzweifelte Lage des Landes nach dem Bürgerkrieg und zeigte eindringlich die Risse im Bündnis zwischen den Arbeitern und den armen Bauern.

Unter diesem Druck vervielfachten sich die Fraktionen innerhalb der bolschewistischen Partei, wie von Lenin erwartet. Auf einem Parteitag wurde mit Zustimmung aller Gruppen die zeitweilige Auflösung der Fraktionen beschlossen. Auch dies war für die Bolschewiki nur als vorübergehender Zustand überhaupt tragbar.

Als Zugeständnis an die Bauern wurden 1921 im Rahmen der "Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) in großem Ausmaß wieder marktwirtschaftliche Elemente in die Landwirtschaft eingeführt. Dies sollte die bäuerliche Produktion anregen, führte jedoch andererseits auch zur Stärkung der Großbauern (Kulaken) und der Spekulanten in den Städten.

Bürokratie

Die Situation stellte sich also 1923/24 so dar:

- * das Land war von Krieg und Bürgerkrieg verwüstet.
* viele revolutionäre Arbeiter waren im Kampf gefallen.
* die Hungersnot hatte Millionen Todesopfer gekostet; die Massen waren erschöpft.
* die NEP stärkte kapitalistische Tendenzen.
* vor allem: eine erfolgreiche Revolution in einem entwickelten kapitalistischen Land blieb aus.

Dies war die Grundlage für den Aufstieg einer bürokratischen Schicht, deren führender Vertreter Stalin werden sollte. Mit jedem Rückschlag der Revolution eroberte sie ein weiteres Stück Macht. Sie vertrat die kleibürgerlichen, bäuerlichen Schichten, war eng mit den Kulaken und NEP-Gewinnern verbunden und konnte sich auf Grund der Erschöpfung...

THE SOLUTION
Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinalee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?
Berthold Brecht

fung der Massen leichter einer Kontrolle entziehen. Vor allem war ihr Augenmerk darauf gerichtet, für sich selbst eine privilegierte Stellung zu erringen und auszubauen.

Leo Trotzki, neben Lenin der wichtigste Mann der Oktoberrevolution, später von einem Agenten Stalins in Mexiko ermordet, schreibt in einer Analyse der Sowjetgesellschaft 1936 in seinem Buch "Verrottene Revolution": "Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wenn die Schlange sehr lang wird, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie... Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen."

Auch Lenin, der 1924 nach fast zweijähriger Krankheit starb, warnte in seinen letzten Jahren eindringlich vor der aufstrebenden Bürokratie. In seinem Testament ausdrücklich auch vor Stalin.

1924/25 sah die Stalinische Clique bereits so fest im Sattel, daß sie daran gehen konnte, viele Errungenschaften der Oktoberrevolution Stück für Stück wieder zurückzuschreiben. Die als zeitweilig gedachten Notstandsmaßnahmen aus dem Bürgerkrieg, Parteien- und Fraktionsverbote, wurden verworfen und sogar verschärft: oppositionelle Strömungen wurden verboten, Kritik an den Auffassungen der politischen Führung verboten.

"Sozialismus in einem Land"

Die internationale Revolution war natürlich auch nicht nach dem Geschmack der neuen herrschenden Schicht. Sie wollte vor allem Ruhe haben und nichts von "revolutionären Abenteuerern" wissen. Sie wollte ihre eigene, nationale Stellung und ihre frisch erworbenen Privilegien festigen und ausbauen. Jede erfolgreiche revolutionäre Erhebung im Westen hätte ihre Position erschüttert und möglicherweise ihr Ende bedeutet. Folgerichtig präsentierte Stalin dann auch die "Theorie vom Sozialismus in einem Land", mit der er die Möglichkeit eines harmonischen sozialistischen Aufbaus im rückständigen und isolierten Rußland verkündete.

Aus dieser Haltung mußte sich folgerichtig die Auflösung der Kommunistischen Internationalen und die Theorie von der "friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus entwickeln.

Parteiübung

Allein schon dies - die Verfolgung innerparteilicher Kritiker, die Abkehr vom Internationalismus - bedeutete eine völlige Umkehrung der Lenin'schen Politik.

Bis Mitte der 30er Jahre entledigte sich Stalin sämtlicher Gegner einschließlich solcher, die er nur dafür hielt. Von den Mitgliedern des Zentralkomitees der Bolschewiki, welches 1917 den Oktoberaufstand geleitet hatte, blieb schließlich nur noch Stalin am Leben bis auf wenige Ausnahmen, die möglicherweise eines natürlichen Todes gestorben sind, wurden die übrigen verbannt, ausgewiesen, ermordet oder nach Schauprozessen hingerichtet. Das Schicksal einiger anderer ist unbekannt. Stalin führte eine totale "Reinigung" durch und entfernte alle revolutionären Elemente aus Staat, Partei und Armee. Stattdessen ernannte er die Partei schon kurz nach seiner "Macht-

Bildung und Kultur sind pro Kopf der Bevölkerung etwa 3- bis 4mal so hoch wie durchschnittlich in einem europäisch-schönen Land. Der Standard an Bildung und Sozialleistungen ist höher als es der Kapitalismus für die Arbeiter bieten kann.

Insgesamt genommen ist der Lebensstandard zwar noch niedriger als in den entwickeltesten kapitalistischen Staaten, aber bei weitem höher als in vergleichbaren, 1917 ähnlich rückständigen Ländern.

Die Teuerungsrate beträgt einen Bruchteil der westlichen Inflation. Arbeitslosigkeit stellt kein Problem dar, im Gegenteil: es herrscht ein Arbeitskräftemangel.

Dies alles sind Errungenschaften auf der Grundlage der Planwirtschaft, die trotz riesiger bürokratischer Fehlplanungen, trotz Mißwirtschaft und Korruption erreicht wurden. Man kann nur ahnen, was da erst in einer demokratischen Gesellschaft, von den Arbeitern und Bauern kontrollierten Planwirtschaft möglich sein wird, wenn es unbeschränkte Kritikfreiheit gibt, die es erlaubt, jede Fehlplanung sofort aufzudecken und öffentlich anzuprangern...

Einpartei- Arbeiterstaat

Trotzki charakterisierte die Sowjetunion als "entarteten oder deformierten Arbeiterstaat" - Arbeiterstaat deshalb, weil die Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die geplante Wirtschaft den historischen Interessen der Arbeiterklasse entsprechen, entartet, weil die Bürokratie diese Errungenschaften des Arbeiterstaates in erster Linie für sich und auf dem Rücken der Arbeiter ausbaute.

Insofern die Bürokratie die verstaatlichte Planwirtschaft verteidigte, ausbaute und deren Produktivkräfte entwickelte, vertrat sie auch die historischen Interessen der Arbeiter. Die aktuellen, tagtäglichen Interessen des Proletariats wurden jedoch von Stalin auf Schritt und Tritt verraten. Sein soziale Stütze war das riesige Heer der Bürokraten deren Interessen vertrat er in erster Linie.

Außenpolitik

Auch auf internationaler Ebene handelten seine Agenturen, die sogenannten "Kommunistischen Parteien", den Interessen der Arbeiterklasse zuwider. Die Niederlage der chinesischen Revolution 1925-27, die Niederlage des britischen Generalstreiks 1926, der Sieg des Faschismus in Deutschland 1933, die Niederwerfung der spanischen Revolution durch Franco 1939 gehen zum Großteil auf das Konto der stalinischen Kommunistischen Parteien, die von Moskau aus ferngesteuert waren.

1934 wurde die "Volksfrontpolitik" ausgerufen, die einen Block zwischen Arbeiterparteien und kapitalistischen Parteien beauftragte und damit die einstige Schlankkraft der Arbeiterbewegung preisgab. Höhepunkt dieses Zusammenspiels mit dem internationalen Kapital war wohl der Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Damit trieb er nicht nur auf abschleifendste Art Diplomatie mit den Nazis - er spielte auch auf sorglose und verbrecherische Weise den Pflügen Hitlers in die Hände.

Stalin stützte also seine Herrschaft auf Balance-Akte zwischen der russischen Arbeiterklasse und der internationalen Bourgeoisie.

Den Preis dafür zahlten schließlich die Völker, die vom Faschismus überrollt wurden und die russischen Massen, die unter dem Verlust von 20 Millionen Menschenleben und der Zerstörung eines Großteils ihrer Industrie den Einmarsch der Nazis im 2. Weltkrieg zurückschlugen.

Kriegsende

Der Ausgang des Krieges, dessen Hauptangriffsziel die UdSSR war, stärkte ironischerweise das Regime enorm. Die Befreiung vom Faschismus und das Vor-

Polen ist nur die Spitze des Eisbergs

ARBEITERDEMOKRATIE STATT BÜROKRATENHERRSCHAFT!

Wie die stalinistischen Staaten in Osteuropa entstanden

Vor 64 Jahren eroberte die russische Arbeiterklasse zusammen mit den armen Bauern Rußlands unter der Führung der Bolschewiki die Macht. Sie legten die alten Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Ausbeuter hinweg und schufen auf der Grundlage von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten (Sowjets) den ersten Arbeiterstaat der Weltgeschichte.

Wesentliche Errungenschaften der Oktoberrevolution waren zunächst die Nationalisierung des Landes, die Landverteilung an die armen Bauern, die Eröffnung von Friedensverhandlungen, um den Krieg zu beenden, sowie später, insbesondere die Verstaatlichung der Produktionsmittel und die Planung der Wirtschaft.

Auf der Grundlage von Gemeineigentum und Planwirtschaft war der Sowjetunion der Aufstieg aus dem Kreis der ärmsten Nationen mit einer halbfeudalen, zaristischen Gesellschaft zur zweitstärksten Industrienation der Welt möglich - dies gelang in der kurzen Spanne von 60 Jahren keinem anderen Land.

Auch die Ostblockstaaten, die im Gefolge des zweiten Weltkrieges nach dem Vorbild der Sowjetunion errichtet wurden, konnten in der Vergangenheit auf der Grundlage von Gemeineigentum und Planwirtschaft wirtschaftliche Fortschritte wie die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, einen Ausbau des Bildungs- und Sozialwesens erzielen, was bis zuvor nicht möglich war.

Dies alles sind Errungenschaften, die jeder Sozialist zweifellos begrüßen und verteidigen wird.

Doch trotz aller Fortschritte die totalitären Diktaturen des Ostblocks traten die Rechte der Arbeiter mit Führungsgliedern zogen sie (sehr zum Gefallen der westlichen Kapitalisten) das Wort "Sozialismus" durch den Schmutz der Arbeiter auf der ganzen Welt sind abgestoßen von den Hinterlassenschaften des Stalinismus, von Arbeitslosigkeit, psychotischer Behandlung Andersdenkender, Unterdrückung und Folter, von blutigen Invasionen in Nachbarländern, Korruption, Mißwirtschaft und vielem mehr. In den angeblichen Arbeiter- und Bauernstaaten können sich die Arbeiter nur durch Streiks, die Erzwingung unabhängiger Gewerkschaften, ja sogar Aufstände und Revolutionen Gehör verschaffen, sind diese Widersprüche zu erklären? Wohin treiben diese Staaten?

Rätedemokratie

Durch die Oktoberrevolution wurde die Macht der Großgrundbesitzer und Kapitalisten zerschlagen. Die Arbeiterklasse kontrollierte im Bündnis mit den armen Bauern durch ihre Massenorganisationen, die Räte (Sowjets), die Gesellschaft. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte waren damals demokratisch aufgebaut und auf regionaler Ebene miteinander verbunden. Sie wählten einen gesamt-russischen Rätekongress, der wiederum ein zentrales Exekutivkomitee bildete.

Die Regierung, der "Rat der Volkskommissare", unter Lenins Vorsitz, war den Sowjets direkt verantwortlich.

In dieser Periode war es das demokratischste Regierungssystem, das je existierte. Die einzige Partei, die verboten wurde, waren die "Schwarzen Hundertschaften", die "Schwarzen Hundertschaften" berückichtig wegen ihrer antisemitischen Ausschreitungen. Alle anderen Parteien, auch die kapitalistischen, konnten sich frei organisieren, solange sie nicht zum bewaffneten Kampf gegen die Arbeitermacht übergingen. Von den verschiedensten Historikern wird die Geschichte der Sowjetunion immer wieder so dargestellt, als habe von Anfang an Unterdrückung und Gewalt geherrscht. Nach ihren Angaben stehen Lenin und Stalin in der gleichen historischen Linie. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Notsandmaßnahmen

Nach der (übrigens fast unbblutigen) Oktoberrevolution zettelten Monarchisten, Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Westmächte gemeinsam einen blutigen Bürgerkrieg an. Die konterrevolutionären Weißen Armeen versuchten, unterstützt vom Imperialismus, den Arbeiterstaat zu zerbrechen.

Die Kriegsmüden russischen Massen sahen sich dem Einmarsch von 21 imperialistischen Armeen an 14 Fronten gegenüber. Auf dem Höhepunkt des Bürgerkriegs war die Situation so bedrohlich, daß die Sowjetmacht nur noch in den Gebieten um Petrograd und Moskau existierte.

In diesem Zusammenhang wurden die kapitalistischen Parteien, schließlich auch die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre wegen ihrer Teilnahme am Bürgerkrieg auf Seiten der Weißen verboten. Die Partei der linken Sozialrevolutionäre wurde verboten, nachdem sie den deutschen Bolschewik in Moskau erschossen und einen Mordanschlag auf Lenin verübt hatte.

Doch Lenin sah diese Parteienverbote nur als vorübergehende Maßnahmen der Notwehr im Bürgerkrieg an. Er warnte, daß der Druck bürgerlicher Strömungen, wenn sie sich nicht eigenständig organisieren können, zwingend innerhalb der Partei der Bolschewiki zum Vorschein käme. Damit sollte er Recht behalten.

Hungersnöte

Nachdem bis Ende 1920 der Bürgerkrieg zu Gunsten des Arbeiterstaates gewonnen war, türmten sich weitere Probleme auf eine riesige Hungersnot, die das von Weltkrieg und Bürgerkrieg verwüstete Land heimg. (Aus einigen

Gegenden Rußlands wurden in dieser Zeit sogar Fülle von Kornüberschüssen berichtet). Hinzu kam, daß die europäische Arbeiterklasse in keinem anderen Land die Macht erringen konnte.

Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki hatten die russische Revolution jedoch immer nur als Auftakt zur internationalen Revolution gesehen. Ihnen war klar, daß der Aufbau des Sozialismus in einem so rückständigen, halbfeudalen Agrarland wie Rußland ohne die Hilfe der westlichen Arbeiterklasse unmöglich war.

Sie setzten ihre Hoffnungen besonders in die deutsche Arbeiterklasse, die in der revolutionären Erhebung 1918 ebenfalls Arbeiter- und Soldatenräte gebildet hatte.

Doch die deutsche Revolution wurde (vor allem mit Hilfe der Führung der sozialdemokratischen Partei) wieder in bürgerlich-parlamentarische Bahnen gelenkt und vorläufig geschlagen.

Nicht besser erging es den revolutionären Erhebungen in Italien, Frankreich, der Rätebewegung in Österreich und den Räterepubliken in Ungarn und Bayern. Die russische Revolution blieb isoliert.

Druck der Bauern

Neue Gefahren entwickelten sich 1921 mit einer Serie von Bauernaufständen. Die Beschloagnahme von Korn veränderte die Versorgung der Stadtbewölkerung mit Nahrungsmitteln und führte zu Hungersnöten. In Kronstadt kam es zu einer Revolte neu eingezogener bürgerlicher Matrosen. Dies widerspiegelt die verzweifelte Lage des Landes nach dem Bürgerkrieg und zeigte eindringlich die Risse im Bündnis zwischen den Arbeitern und den armen Bauern.

Unter diesem Druck vervielfachten sich die Fraktionen innerhalb der bolschewistischen Partei, wie von Lenin erwartet. Auf einem Parteitag wurde mit Zustimmung aller Gruppen die zeitweilige Auflösung der Fraktionen beschlossen. Auch dies war für die Bolschewiki nur ein vorübergehender Zustand überhaupt tragbar.

Als Zugeständnis an die Bauern wurden 1921 im Rahmen der "Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) in großem Ausmaß wieder marktwirtschaftliche Elemente in die Landwirtschaft eingeführt. Dies sollte die bürgerliche Produktion anregen, führte jedoch andererseits auch zur Stärkung der Großbauern (Kulaken) und der Spekulanten in den Städten.

Bürokratie

Die Situation stellte sich also 1923/24 so dar:

- * das Land war von Krieg und Bürgerkrieg verwüstet,
- * viele revolutionäre Arbeiter waren im Kampf gefallen,
- * die Hungersnot hatte Millionen Todesopfer gekostet die Massen waren erschöpft,
- * die NEP stärkte kapitalistische Tendenzen,
- * vor allem eine erfolgreiche Revolution in einem entwickelten kapitalistischen Land blieb aus.

Dies war die Grundlage für den Aufstieg einer bürokratischen Schicht, deren führender Vertreter Stalin werden sollte. Mit jedem Rückschlag der Revolution eroberte sie ein weiteres Stück Macht. Sie vertrat die kleinbürgerlichen, bürokratischen Schichten, war eng mit den Kulaken und NEP-Gewinnern verbunden und konnte sich auf Grund der Erschöpfung der Massen leichter einer Kontrolle entziehen. Vor allem war ihr Augenmerk darauf gerichtet, für sich selbst eine privilegierte Stellung zu erringen und auszubauen.

DIE LÖSUNG

Nach dem Aufstand des 17. Juni Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands In der Stalinallee Flugblätter verteilen Auf denen zu lesen war, daß das Volk Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe Und es nur durch verdoppelte Arbeit Zurückerobern könne. Wäre es da Nicht doch einfacher, die Regierung Löste das Volk auf und Wähle ein anderes?

Berthold Brecht

Leo Trotzki, neben Lenin der wichtigste Mann der Oktoberrevolution, später von einem Agenten Stalins in Mexiko ermordet, schreibt in einer Analyse der Sowjetgesellschaft 1936 in seinem Buch "Verfallene Revolution": "Wenn die Warenknapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wenn die Schlange sehr lang wird, muß ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie... Wer Güter verteilt, ist noch nie zu kurz gekommen."

Auch Lenin, der 1924 nach fast zweijähriger Krankheit starb, warnte in seinen letzten Jahren eindringlich vor der aufstrebenden Bürokratie. In seinem Testament ausdrücklich auch vor Stalin. 1924/25 soß die Stalin'sche Clique bereits so fest im Sattel, daß sie daran gehen konnte, viele Errungenschaften der Oktoberrevolution Stück für Stück wieder zurückzuschrauben. Die als zeitweilig gedachten Notsandmaßnahmen aus dem Bürgerkrieg, Parteien- und Fraktionsverbot, wurden verwirgt und sogar verschärft "oppositionelle" Strömungen werden verfolgt, Kritik an den Auffassungen der politischen Führung verboten.

1924/25 soß die Stalin'sche Clique bereits so fest im Sattel, daß sie daran gehen konnte, viele Errungenschaften der Oktoberrevolution Stück für Stück wieder zurückzuschrauben. Die als zeitweilig gedachten Notsandmaßnahmen aus dem Bürgerkrieg, Parteien- und Fraktionsverbot, wurden verwirgt und sogar verschärft "oppositionelle" Strömungen werden verfolgt, Kritik an den Auffassungen der politischen Führung verboten.

"Sozialismus in einem Land"

Die internationale Revolution war natürlich auch nicht nach dem Geschmack der neuen herrschenden Schicht. Sie wollte vor allem Ruhe haben und nichts von "revolutionären Abenteuerern" wissen sie wollte ihre eigene, nationale Stellung und ihre frisch erworbenen Privilegien festigen und ausbauen. Jede erfolgreiche revolutionäre Erhebung im Westen hätte ihre Position erschüttert und möglicherweise ihr Ende bedeutet. Folgerichtig präsentierte Stalin dann auch die "Theorie vom Sozialismus in einem Land", mit der er die Möglichkeit eines humanistischen sozialistischen Aufbaus im rückständigen und isolierten Rußland verkündete.

Aus dieser Haltung mußte sich folgerichtig die Auflösung der Kommunistischen Internationalen und die Theorie von der "friedlichen Koexistenz" mit dem Imperialismus entwickeln.

Parteisäuberung

Allein schon dies - die Verfolgung innerparteilicher Kritiker, die Abkehr vom Internationalismus - bedeutete eine völlige Umkehrung der Lenin'schen Politik.

Bis Mitte der 30er Jahre entledigte sich Stalin sämtlicher Gegner einschließlich solcher, die er nur dafür hielt. Von den Mitgliedern des Zentralkomitees der Bolschewiki, welches 1917 den Oktoberaufstand geleitet hatte, blieb schließlich nur noch Stalin am Leben bis auf wenige Ausnahmen, die möglicherweise eines natürlichen Todes gestorben sind, wurden die übrigen verbannt, ausgewiesen, ermordet oder nach Schauprozessen hingerichtet; das Schicksal einiger anderer ist unbekannt. Stalin führte eine totale "Säuberung" durch und entfernte alle revolutionären Elemente aus Staat, Partei und Armee. Stattdessen öffnete er die Partei schon kurz nach seiner "Macht-

Bildung und Kultur sind pro Kopf der Bevölkerung etwa 3- bis 4mal so hoch wie durchschnittlich in einem europäischen Land. Der Standard an Bildung und Sozialleistungen ist höher als es der Kapitalismus für die Arbeiter bieten kann.

Insgesamt genommen ist der Lebensstandard zwar noch niedriger als in den entwickeltesten kapitalistischen Staaten, aber bei weitem höher als in vergleichbaren, 1917 ähnlich rückständigen Ländern.

Die Teuerungsrate beträgt einen Bruchteil der westlichen Inflation. Arbeitslosigkeit stellt kein Problem dar, im Gegenteil es herrscht ein Arbeitskräftemangel.

Dies alles sind Errungenschaften auf der Grundlage der Planwirtschaft, die trotz riesiger bürokratischer Fehlplanungen, trotz Mißwirtschaft und Korruption erreicht wurden. Man kann nur ahnen, was da erst in einer demokratischen Bauern kontrollierten Planwirtschaft möglich sein wird, wenn es unbeschränkte Kritikfreiheit gibt, die es erlaubt, jede Fehlplanung sofort aufzudecken und öffentlich anzuprangern...

Entarteter Arbeiterstaat

Trotzki charakterisierte die Sowjetunion als "entarteten oder deformierten Arbeiterstaat". Arbeiterstaat deshalb, weil die Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und die geplante Wirtschaft in der historischen Interessen der Arbeiterklasse entsprechen, entartet, weil die Bürokratie diese Errungenschaften des Arbeiterstaates in erster Linie für sich und auf dem Rücken der Arbeiter ausbeutet.

Insofern die Bürokratie die verstaatlichte Planwirtschaft verteidigte, ausbaute und deren Produktivkräfte entwickelte, vertrat sie auch die historischen Interessen der Arbeiter. Die aktuellen, tagtäglichen Interessen des Proletariats wurden jedoch von Stalin auf Schritt und Tritt verdrängt. Seine soziale Stütze war das riesige Heer der Bürokratie deren Interessen vertrat er in erster Linie.

Außenpolitik

Auch auf internationaler Ebene handelten seine Agenturen, die sogenannten "Kommunistischen Parteien", den Interessen der Arbeiterklasse zuwider. Die Niederlage der chinesischen Revolution 1925-27, die Niederlage des britischen Generalstreiks 1926, der Sieg des Faschismus in Deutschland 1933, die Niederwerfung der spanischen Revolution durch Franco 1939 gehen zum Großteil auf das Konto der stalinisierten kommunistischen Parteien, die von Moskau aus ferngesteuert waren.

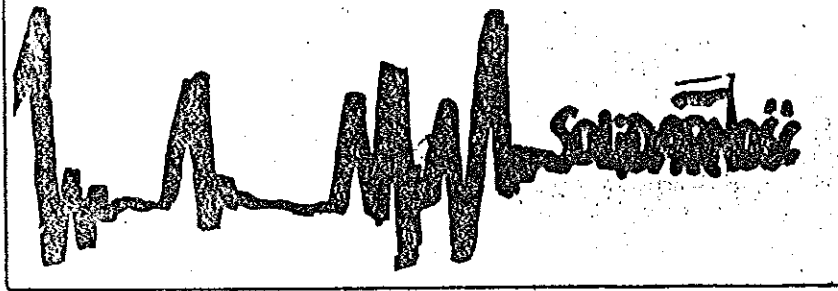
1934 wurde die "Volksfrontpolitik" ausgerufen, die einen Block zwischen Arbeiterparteien und kapitalistischen Parteien befürwortete und damit die eigenständige Schlagkraft der Arbeiterbewegung preisgab. Höhepunkt dieses Zusammenspiels mit dem internationalen Kapital war wohl der Hitler-Stalin-Pakt von 1939. Damit trieb er nicht nur auf absehbare Art Diplomatie mit den Nazis - er spielte auch auf sorglose und verbrecherische Weise den Plänen Hitlers in die Hände.

Stalin stützte also seine Herrschaft auf Balance-Akte zwischen der russischen Arbeiterklasse und der internationalen Bourgeoisie.

Den Preis dafür zahlten schließlich die Völker, die vom Faschismus überrollt wurden und die russischen Massen, die unter dem Verlust von 20 Millionen Menschenleben und der Zerstörung eines Großteils ihrer Industrie den Einmarsch der Nazis im 2. Weltkrieg zurückschlugen.

Kriegsende

Der Ausgang des Krieges, dessen Hauptangriffsziel die UdSSR war, stärkte ironischerweise das Regime enorm. Die Befreiung vom Faschismus und das Vor-



UNGARN 1956: Arbeiter zerstören das Stalin-Denkmal, Symbol verhoßter totalitärer Herrschaft.

bringen der Roten Armee nach Osteuropa ermöglichte die Ausweitung des Stalinismus.

Nach der Eroberung mit der schrecklichsten Herrschaftsform des Kapitalismus, dem Faschismus, herrschte überall in Europa eine antikapitalistische, revolutionäre Stimmung. Die Rote Armee wurde deshalb in vielen Ländern Osteuropas auch zunächst als Befreier von Faschismus begrüßt...

dabei herauskam, war lediglich — ein Stalinismus ohne Stalin.

Zwar enthüllte der neue Kreml-Chef Chruschtschow eine ganze Serie von Stalins Verbrechen, zwar wurde der "Personenkult" scharf verurteilt — doch diente dies nur dazu, alle Schuld für die Verbrechen der Vergangenheit einem einzigen Menschen in die Schuhe zu schieben.

Sonst wäre man zwangsläufig darauf gestoßen, daß Stalin nicht ein Alltagsverbrecher war, sondern nur der Führer und die Personalisierung einer ganzen herrschenden Schicht, zu der auch seine Hochfolger gehörten.

gewaltsam unterdrückende Regime. In keiner dieser Bewegungen spielten reaktionäre, prokapitalistische Kräfte eine entscheidende Rolle, auch wenn die herrschende Bürokratie im Ostblock (ebenso wie die Kapitalisten im Westen) dies immer wieder behauptet.

Keine Rückkehr zum Kapitalismus

Sieht man sich jedoch die Forderungen der Arbeiter an, so haben sie einen ganz anderen Charakter. Dann zu keinem Zeitpunkt verlangten sie etwa die Wiedereinsetzung der alten Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

In der ungarischen Revolution von 1956, die sich mehrere Wochen lang voll entfalten konnte, gründeten sich sofort Arbeiterkomitees in den Fabriken und Revolutionskomitees auf allen gesellschaftlichen Ebenen, die wirklich demokratisch aufgebaut waren.

Waren dies Forderungen, die im Interesse des kapitalistischen Westens lagen? Keinesfalls! Diese Forderungen ähneln den Vorstellungen Lenins, wie sie z.B. in seinen "Aprilthesen" von 1917 entwickelten.

eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamenschaft (d.h. Ersatzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung).

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

opäische Satelliten

Die Stimmung schlug jedoch schnell um, als die Stalinisten drängten, mit Hilfe der Roten Armee Regimes nach Vorbild Moskaus zu installieren. Die Ostblockländer wurden sofort zu Satellitenstaaten der Sowjetunion gemacht...

So fortschrittlich die Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz in Osteuropa auch waren — diese Regimes begannen da, wo das stalinistische Rüstland aufgesetzt hatte, während die russische Revolution zuerst einen relativ gesunden Arbeiterstaat hervorbrachte...

Stalinismus ohne Stalin

Bis zum Tod Stalins 1953 war ganz Europa fest in Griff der Bürokratie. Nach setzte eine Phase der sogenannten "Entstalinisierung" ein. Doch was

Sündenbock

Der Bürokratie lag jedoch nichts an einer grundlegenden Umwälzung der Verhältnisse, sondern nur daran, einen Sündenbock anzuhaken, um ihre Position insgesamt zu halten.

Die nun einseitige "Liberalisierung", die Schließung einiger Arbeitslager, die Rehabilitierung einiger politischer Gefangener, die Beendigung der Massendeportationen ganzer Volksstämme — dies sollte eine scheinbar "neue Politik" vorkauken.

Doch als z.B. die ungarischen Arbeiter sich ihrerseits, u.a. ermutigt durch den neuen Kurs in Moskau, gegen die stalinistische Bürokratie in Ungarn erhoben, zeigten ihnen die neuen Machthaber in Moskau schnell, was sie von derlei Entstalinisierungsversuchen hielten...

Die Risse im stalinistischen Block wurden von Zeit zu Zeit immer wieder durch revolutionäre Erhebungen deutlich.

Aufstände

In den Kämpfen in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968 und in Polen 1956 wie 1970/71, 1976 und heute erhoben sich die Arbeiter gegen das sie

CHRONIK DER UNRUHEN IM OSTBLOCK:

DDR 1953

April/Mai: In Berlin (Ost) wird die Stalin-Allée gebaut. Zur Lohnsenkung werden die sogenannten "Fehlpläne" Normenerhöhungen durchgeführt. Die Versorgungskrise im Land verschärft sich.

5. Juni: Erneute Normenerhöhungen um 10%, dadurch insgesamt Lohnrückgang von 30-40%. Unruhen auf der Stalinallee und erste Streiks in Magdeburg und Chemnitz.

14. Juni: Erfolgreicher Abschluß eines vierwöchigen Westberliner Bauarbeiterstreiks für einen neuen Tarifvertrag und höhere Löhne. Große Barikade darüber in der DDR-Presse heizen die Unzufriedenheit in der Stalin-Allée noch weiter an.

15. Juni: Die Arbeiter von Block 40 fordern die Wiedereinführung der alten Normen.

16. Juni: Die Arbeiter von Block 40 beschließen, ihre Forderungen direkt der Regierung stellen. Die Minister für Schwerindustrie, die Demonstranten, im Verlauf der Kundgebung wird die Forderung nach einem Generalstreik laut. Verschiedene Kolonnen strömen in alle Viertel der Stadt und rufen den Generalstreik für den folgenden Tag aus.

Das Politbüro nimmt eilig die Normenerhöhungen zurück und setzt für den Abend eine Konferenz von 3.000 Berliner Parteifunktionären an. Eine Arbeiterdelegation wird vom Westberliner Sender RIAS zurückgewiesen, als sie die Ausstrahlung eines Appells an die Bevölkerung der DDR fordert.

17. Juni: Aus den Vororten marschieren riesige Demonstrationszüge Richtung Regierungsviertel. Von Polizeispreern auf-

gehalten, strömen sie zum Marx-Engels-Denkmal in die Gegend um Halle/Altterfeld das Zentrum des Aufstandes. In Halle versammeln sich die Streikkomitees der Betriebe im Stadtzentrum und bilden einen Interzonenstreik. Streiks und Demonstrationen in allen Teilen des Landes.

Am 13. Juni ruft die sowjetische Kommandantur den Ausnahmezustand aus. Bis zum Abend kämpfen die Arbeiter mit Faustnägeln gegen die Panzer...

Polen 1956

Frühjahr: Wachsende Kritik und Unruhen im Land. Spaltung der Bürokratie zwischen Altstalinisten und "Reformern".

Juni: Aufstand in Posen (Poznań), in den ZISPO-Maschinenwerken mit einer Belegschaft von 15.000 Arbeitern wächst die Unruhe wegen der Einführung der Normen und der Verschlechterung des Lebensstandards. Am 25. Juni erklärt die Arbeiterpolitik die Forderung der Belegschaft in Warschau verbindlich und keine zufriedenstellende Antwort erhält, wird der Streik ausgerufen.

20. Juni: Dem Demonstrationszug der Posener Arbeiter schließen sich Zehntausende an. Der Streik für bessere Arbeitsbedingungen entwickelt sich binnen Stunden zu einem regelrechten Aufstand. Vor dem Rathaus versammelt sich ein Drittel der Einwohner Posens. Ihre Forderungen: Freiheit, Brot, Gerechtigkeit. Arbeiter stürmen die Polizeikaserne, Rundfunk, Geleit und Gefängnis. Gefangen werden freigelassen, es entzündet bewaffnete Kämpfe gegen die Sicherheitskräfte. Am Abend blüht ein Aufstand bis zum Abend blüht nieder. Bilanz: 54 Tote, 300 Verwundete, 320 Verhaftete.

In Gdynia, Danzig und Schlesien finden weitere Streiks statt.

6. August: Gomułka, der frühere Generalsekretär,

der im Rahmen einer Streikbesetzung der Gegend geworfen worden war, wird wieder in die Partei aufgenommen.

Oktober: Russische Kriegsschiffe erscheinen vor der Küste Polens; im Lande stationierte russische Truppen marschieren auf Warschau. In vielen Orten bilden sich Arbeiterfronten. Die russischen Drohung zwingt die Regierung den Parteimitgliedern und Fabrikkomitees Waffen aus.

19. Oktober: Gomułka wird zum Generalsekretär ernannt. Er genießt noch die Popularität der Massen.

19. bis 21. Oktober: Die sowjetische Führungsspitze unter Chruschtschow fliegt zu Verhandlungen mit dem polnischen ZK ab, während der dreitägigen ZK-Sitzung finden Studentenstreiks und Demonstrationen unter der Parole, die Forderungen der Arbeiterfronten zu unterstützen. Der Generalsekretär des ZK, Gomułka droht dem Kreml mit "Volksaufstand" Chruschtschow gibt nach und zieht die Truppen zurück.

24. Oktober: Gomułkas Herrschaft ist gesichert. Bei einer Kundgebung vor 250.000 verkündet er den "neuen Kurs" des eigenen Weges zum Sozialismus, mit dem die Russen einverstanden seien.

In der Folgezeit beginnt Gomułka sofort damit, die Arbeitssätze wieder abzubauen, bzw. sie in die bestehende betriebliche Hierarchie zu integrieren. Unter der Parole, die Partei stehe sich an die "Spitze des Demokratisierungsprozesses", ordnet er die Räte wieder dem Apparat unter. Schon im August 1957 ordnet er die gewaltsame Niederschlagung eines Straßenarbeiterstreiks in Lodz an. Im Oktober 1957 verleiht er die radikale Zeitschrift "Po Prostu".

1957 ordnet er die gewaltsame Niederschlagung eines Straßenarbeiterstreiks in Lodz an. Im Oktober 1957 verleiht er die radikale Zeitschrift "Po Prostu". 1957 ordnet er die gewaltsame Niederschlagung eines Straßenarbeiterstreiks in Lodz an. Im Oktober 1957 verleiht er die radikale Zeitschrift "Po Prostu".

Polen 1970/71

12. Dezember 1970: Die Regierung hebt die Preise der Lebensmittel um 20% an. Die Nachricht löst eine Welle von Streiks, brennenden Demonstrationen und Straßenkämpfen in den Hafenstädten aus. Miliz wird gegen die Demonstranten eingesetzt; es gibt Tote und Verletzte.

12. bis 20. Dezember: Solidaritäts-Streiks in anderen Industriezentren.

20. Dezember: Das ZK optiert Gomułka und erklärt, ihn zum Schuldigen für die "Fehler" der Vergangenheit. Gierzek wird neuer Staats- und Parteichef; die Streiks und Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften, Pressefreiheit usw. rufen nicht ab.

22. Januar 1971: Gierzek fliegt nach Stettin, wo Zehntausende von Werftarbeitern streiken und somit Unterstützung von 500 Arbeiterdelegationen es gelingt ihm, mit Phrasen und Versprechungen den Abbruch des Streiks zu erreichen.

Februar 1971: Streik der Textilarbeiterinnen in Lodz. Regierung nimmt die Preisserhöhungen zurück und senkt die Einfrieren der Preise für fünf Jahre.

In den 70er Jahren wird durch Einfuhr westlicher Technologien und Investitionsgüter, durch hohe Auslandsverdiensleistungen und Export von Nahrungsmitteln versucht, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben; die Probleme der Landwirtschaft verschärfen sich immer mehr.

Polen 1976

24. Juni 1976: Regierung kündigt Preiserhöhungen

von 70% an; sofort kommt es in ganz Polen zu Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen. Arbeiter eines Traktorenwerks bei Warschau halten den Schmelzofen an und entfernen die Schienen in Radom werden Barrikaden errichtet und Barrikaden in Brand gesteckt. Bei Zusammenstoß mit der Polizei werden zwei Demonstranten getötet und 75 Polizisten verletzt. Die Arbeiter der Werften an der Ostseeküste treten in den Streik.

25. Juni 1976: Regierung nimmt die Preisserhöhungen zurück, vorurteilt aber gleichzeitig die Proteste als das Werk einiger "weniger parasitärer, rowdyhafter, krimineller Elemente".

In den folgenden Jahren verschärfen sich die Wirtschaftsprobleme erneut. Die Landwirtschaft Polens im Westen steigt auf Rekordhöhen.

Polen 1980/81

August 1980: Die Ankündigung neuer Preissteigerungen vor allem für Fleisch führt zu einer breiten Streikwelle im ganzen Land. Politische Forderungen treten immer mehr in den Vordergrund. Die Bürokratie muß dem Druck der Arbeiter nachgeben und ihnen das Recht auf eigene, vom Staat unabhängige Gewerkschaften zugestehen. Innerhalb weniger Wochen organisiert sich die große Mehrheit der Arbeiter im Gewerkschaftsverband "Solidarność", inzwischen hat die neue Gewerkschaft ca. zehn Millionen Mitglieder.

Bis zum heutigen Tage versucht die Bürokratie sich mit "Zuckerbrot und Peitsche" an der Macht zu halten, ihre Politik gleicht einem Dreifaktel. Sie wartet den für sie günstigsten Zeitpunkt ab, um zu versuchen, die Arbeiter niederzuschlagen und ihnen die gemachten Zugeständnisse wieder wegzunehmen.

VORAN

Politischer Reisebericht aus Polen:

GEWINNT BÜROKRATIE DIE OBERHAND?

Nur eine politische Revolution kann Errungenschaften sichern

In der Zeit, als wir Ende Juli/Anfang August in Polen waren, kam es wegen Lebensmittelknappheit zu einer neuen Testwelle. Seit sechs Monaten, so wie uns erzählte, hatte sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln und anderen elementaren Gütern ständig verschlechtert. Selbst mit Lebensmittelmarken gingen die Leute oft leer aus, vor allem bei Fleisch. Dabei wird Fleisch immer noch exportiert. Die Arbeiter weigern sich oftmals, Fleisch für den Export zu verkaufen. Im Norden des Landes machen Plakate von Solidarität darauf aufmerksam, wie hinterhältig die Regierung eine Kontrolle der Arbeiter im Export umgeht. Es wurde versucht, Fleisch zu exportieren, indem die Sendung als Forbrennlieferung deklariert wurde.

Jede normale Familie muß jeden Tag mehrere Stunden aufbringen, um sich mit den wichtigsten Lebensmitteln zu versorgen. Wir haben bis zu einem halben Kilometer lange Einkaufsschlangen gesehen.

Da mehr Geld als Ware im Umlauf ist, steigen die Preise, der Schwarzmarkt blüht, und der Run auf relativ harte westliche Währungen verfolgt jeden Westtouristen.

Viele Läden, Restaurants und Cafés sind ganz geschlossen. Wo geöffnet ist, gibt es oft nichts zu kaufen, und die Verkäuferinnen müssen ihre Arbeitszeit totschlagen.

Die Unfähigkeit der Bürokratie, die Wirtschaft zu entwickeln, ist offen sichtbar. Es fehlt z.B. überall an Wohnungen. Ein junges Paar mit einem Säugling, das wir kennengelernt haben, hat eine winzige Wohnung aus einem Zimmer, einer kleinen Küche und einem Badezimmer, haben keine Aussicht, in den nächsten

10 Jahren eine größere Wohnung zu bekommen. Auf der anderen Seite stehen überall angefangene Bauten in der Landwirtschaft und gammeln vor sich hin. Ein LKW-Fahrer erzählte uns, daß in der Nähe von Danzig vor einigen Jahren mit dem Bau eines Farbenwerkes angefangen wurde. Plötzlich ging das Baumaterial aus. Die Fabrik ist bis heute noch nicht fertig. Inzwischen wurden aber die Maschinen installiert. Sie sind bereits verrostet, weil sie nicht genügend vor der Witterung geschützt waren. Die Danziger Bucht wurde als Ferienort ausgebaut. Dieses Jahr mußte aber wegen der Vergiftung des Wassers durch die Industrie ein Badeverbot verhängt werden. Die Hotels und übrigen neugebauten Anlagen sind deshalb fast ungenutzt.

Dieses Jahr steht überall im Land das Getreide gut. Es wird aber befürchtet, daß die Ernte nicht eingebracht werden kann, weil zu viele reparaturbedürftige Mähdrescher mangels Ersatzteilen nicht eingesetzt werden können. Die Liste der Mängel und Mißwirtschaften ließe sich beliebig fortsetzen. Jeder Arbeiter kann Beispiele berichten.

Der Mangel an wichtigen Lebensmitteln, das Umherirren nach Läden in denen es zufällig mehr gibt als Brot, Milch, Tee, Gemüse oder Äpfel und dann das stundenlange Warten in den Schlangen hat zu einer gereizten Atmosphäre geführt.

Diese Wut auf die miserable Versorgungslage könnte von der Gewerkschaftsführung leicht aufgegriffen werden, um die gesamte Bürokratie zu entmachten. Die Bevölkerung hat überhaupt kein Vertrauen in Kanla & Co. Außerdem haben die Arbeiter längst erkannt, daß die Regierung nicht bereit ist, die

Versprechen vom letzten Jahr einzulösen. Im Gegenteil - Schritt für Schritt versucht sie, die Zugeständnisse zurückzunehmen und auszuhebeln.

Trotzdem zeigt die Führung von Solidarität immer mehr Kompromißbereitschaft. Das stiftet bei den Arbeitern zunehmend Verwirrung, Resignation und Verzweiflung.

In Lodz wollten bereits Anfang Juli ArbeiterInnen wegen der mangelnden Versorgung in den Streik treten. Das wurde ihnen von der Gewerkschaftsführung aber ausgedrückt, mit dem Argument, daß durch Streiks kein Essen besorgt werden könne. Stattdessen wurde den Frauen versprochen, für sie Ende Juli eine Demonstration zu organisieren. An der Spitze des Zuges durften nur Frauen mit ihren Kindern demonstrieren. Die Demo sollte nur ein moralischer Appell an die Regierung sein. Die Herzen der Bürokraten sollten wohl durch die Frauen und Kinder und das wiederholte Singen der schwermütigen Nationalhymne zum Schmelzen gebracht werden. Viele Frauen weinten vor Leid und andere konnten ihre Tränen gerade noch zurückhalten.

Die Demo konnte den Teilnehmern nicht ihre Macht bewußt machen, sondern nur die Bitterkeit der Lage. Sie hatte bestimmt eher eine demoralisierende Wirkung. Abgesehen davon sind selbst die größten Demonstrationen ein Rückschritt in der Bewegung. Immer noch besteht im ganzen Land Streikbereitschaft. Solidarität hat die Macht, sämtliche Lebensmittelexporte zu verhindern und könnte sogar ohne weiteres die Regierung zum Teufel jagen.

Wenn schon mit den bisherigen Streiks keine grundsätzliche Verbesserung der



Lage der arbeitenden Bevölkerung erreicht werden könnte, wie dann durch Demonstrationen? Manche Polen haben sogar den Verdacht, daß die Regierung die Versorgung bewußt ständig verschlechtert, um die Bevölkerung klein zu kriegen. Welche Existenzberechtigung hat die Bürokratie unter diesen Bedingungen? Da ist natürlich noch das Argument der sowjetischen Militärintervention.

Diese Angst vor einer Intervention scheint der Hauptgrund zu sein, weshalb die polnischen Arbeiter vor dem Sturz der Bürokratie zurückschrecken. Die polnischen Arbeiter wissen, daß sie alleine keine Chance haben gegen den "großen Bruder". Dieser Interventionsgefahr könnte mit einer internationalistischen Haltung begegnet werden. Es wurden uns sogar aus den Reihen von Solidarität Beispiele gegeben, wie die Arbeiter in den übrigen Ostblockstaaten anfangen, mit ihrer nationalen Bürokratie abzurechnen und wie diese Arbeiter die Hände ausstrecken nach einer Verbrüderung mit ihren polnischen Kollegen.

Ein Hauptamtlicher von Solidarität erzählte uns, daß viele Kollegen aus anderen Ostblockstaaten - vor allem aus Ungarn - in die Büros von Solidarität kommen und sich informieren und diskutieren wollen. Und das, obwohl ihnen enorme Schwierigkeiten gemacht werden, die Grenzen zu überschreiten. Er berichtete außerdem von einem jüngsten Streik in Ostberlin und daß selbst in der Sowjetunion seit 4 Monaten ein Komitee existiert, das die Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft für die Sowjetunion vorantreibt.

Die Führung der Solidarität ist aber weit davon entfernt, die Instabilität der übrigen stalinistischen Bürokratien im Ostblock und der Sowjetunion den hoffnungsvollen Blick und die Kontaktsuche der Arbeiter im Osten (aber auch im Westen) den polnischen Arbeitern deutlich zu machen und ihren Mut gegen die herrschende Bürokratie zu stärken.

Stattdessen tun die Führer von Solidarität alles, um das Selbstbewußtsein der Arbeiter zu schwächen, die Kampfbereitschaft zu mißbrauchen und sich mehr und mehr die Argumente der Regierung zu eigen zu machen.

Die Regierung kann es sich bereits wieder leisten, härter gegen die Bewegung vorzugehen. Plakate von Solidarität werden abgerissen. Wer beim Plakate-Kleben erwischt wird, wird einen Tag eingesperrt.

Kaum vor die Demonstration in Lodz zu Ende, tauchte in allen Straßen die Miliz auf. Ein Arbeiter zeigte uns den von Behörden geöffneten Umschlag eines Päckchens aus dem Ausland.

Das politische Vakuum in Polen ist riesengroß. Die stalinistische Herrschaft hat keine Legitimation mehr. Die Bevölkerung tritt der "Kommunistischen Partei" und der gesamten Bürokratie mit Haß und Zynismus gegenüber. Alles, was die Bürokratie in den Jahren ihrer Herrschaft geschafft hat, bestand darin, die Idee des Sozialismus und Kommunismus bei einem großen Teil der Bevölkerung ins Lächerliche zu ziehen.

Die Inanspruchnahme des Marxismus

für ihre Herrschaft hat in vielen Köpfen eine Blockade aufgebaut gegenüber sozialistischen Ideen, obwohl jeder weiß, daß es kein Zurück zu einer kapitalistischen Gesellschaft geben kann.

Viele Arbeiter haben aber erkannt, daß Sozialismus im Interesse der Arbeiter ist, er von den Bürokraten aber auf schändliche Weise mißbraucht wird.

Auf den Wänden der Lenin-Werft steht z.B. der Ironische Satz: "Wir haben nichts, aber wir haben Sozialismus." In der Wohnung eines Werftarbeiters sehen wir einen Aufkleber, gedruckt von Solidarität. Er trägt ein Bild von Lenin mit einem Zitat von ihm. Singenmäßig lautet es: Ein Polzeistoot existiert dann, wenn ein Polzeistoot mehr verdient als ein Lehrer.

Die Tragik der polnischen Revolution besteht aber darin, daß es kein klassisches Konzept und kein Programm gibt, die Revolution zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Ein Hauptamtlicher von Solidarität beklagte: "Wir haben keine Perspektive."

Doch der Hunger nach einer politischen Perspektive ist groß. Wir stießen auf reges Interesse mit unserer Einschätzung des Stalinismus und der gegenwärtigen Lage, unserer Kritik an der Gewerkschaftsführung und unserer Ansicht von der absoluten Notwendigkeit des Sturzes der Bürokratie, der demokratischen Verwaltung und Kontrolle der Gesellschaft durch die Arbeiter und der existentiell notwendigen Verbindung zu den Arbeitern im übrigen Ostblock und zu den Arbeitern im Westen.

Ein Solidaritätsmitglied erklärte uns gegenüber: "So, wie ihr denkt, denken auch viele Arbeiter."

Selbst Leute, die von der Schaffung bürgerlich-demokratischer Einrichtungen (allerdings ohne Reprivatisierung der Fabriken und des verstaatlichten Landes) träumen, die keinen Unterschied machen wollten zwischen Lenin und Kanla und besonders starke nationale Vorurteile hatten, nahmen unsere Ideen sehr ernst. Ihre eigenen verwirrten Vorstellungen brachen wie ein Kartenhaus zusammen.

Am Abend, bevor wir das Land verließen, sahen wir zusammen mit einer polnischen Familie die Fernsehberichterstattung. Die Verhandlungen zwischen Regierung und Solidarität über Fleischrationierung waren an diesem Tag abgebrochen worden. Unsere Gastgeber erklärten uns, daß die Regierung noch nie so gegen die Gewerkschaft gehetzt hätte, wie in dieser Fernsehsendung.

Sogar Artikel westdeutscher bürgerlicher Zeitungen wurden zitiert, in denen Solidarität für die "Katastrophe" verantwortlich gemacht wurde.

Kein einziger Gewerkschaftsvertreter erhielt die Möglichkeit der Stellungnahme - entgegen dem Abkommen vom letzten Jahr.

Wir verließen das Land mit dem Gefühl, daß die Bürokratie noch einmal die Oberhand gewinnt. Aber immer wieder kommt mit der Satz eines Arbeiters in den Sinn: "Wir haben 30 Jahre gearbeitet und haben nichts zu essen, wir können nicht noch einmal 30 Jahre so weiterarbeiten, um dann keine Kleider mehr zu haben!"

DOPPELHERRSCHAFT IN POLEN

Seit mehr als einem Jahr besteht in Polen eine Art von Doppelherrschaft. In der Streikwelle vom Sommer 1980 entstand die neue, von der herrschenden Bürokratie unabhängige Gewerkschaft "Solidarność" (mit 8 bis 10 Millionen Mitgliedern). Fast über Nacht, "Solidarität" ist heute der Gegenpol zur früher unumschränkt herrschenden Schicht - der Staats-, Militär-, Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, die in Saug und Brouss lebt und deren diktatorische Methoden die zentrale Planwirtschaft nicht mehr weiterentwickeln können.

Die Arbeiterklasse Polens zeigte seit August 1980 mehrmals ihre Macht in großen Streikwellen. Instinktiv strebten sie nach dem vollständigen Sturz der Bürokratie. Die Bürokratie war weitgehend machtlos. Sie traute sich bisher nicht zu, ähnlich wie in Ostberlin 1953, Ungarn 1956 oder in der CSSR 1968 die Opposition der Arbeiter mit Hilfe von Warschauer-Pakt-Panzer zu ersticken. Sie hat Angst davor, die Armes könnte den Befehl verweigern und auf die Seite der Arbeiter überlaufen, die sich und ihre Errungenschaften höchstwahrscheinlich mit Woffengewalt verteidigen würden. Wie kann man angesichts der Schwäche der Bürokratie dann erklären, warum sie sich überhaupt noch halten kann? Weshalb besteht die instabile Doppelherrschaft? Worauf beruht der unsichere Schwebezustand?

Die Antwort ist die Führung von "Solidarność" genießt zwar das Vertrauen vieler Arbeiter, sie will aber die Staatsmacht gar nicht. Walesa und seine Anhänger wäsen die politische Machtüberoberung durch die Arbeiterklasse als "unerhörte Unterstellung" sogar weit von sich. Sie halten ihre Basis von weitergehenden Aktionen zurück. Sie haben kein Vertrauen in die Kampfbereitschaft der polnischen Arbeiter.

Am Anfang der Bewegung wollte Walesa die Existenz von "Solidarność" nur auf die Ostseeküste begrenzen. Seine Begründung: die Arbeiter im restlichen Polen seien noch zu "unraff" und "noch nicht stark genug." Da Walesas Führungsmannschaft sich und den Arbeitern nicht zutraut, die Bürokratie ganz zu stürzen und eine politische Revolution durchzuführen, bleibt ihnen nur ein Weg mit dem herrschenden Regime Kompromisse abzuschließen, ihm einige Zugeständ-

nisse zu entlocken. Darin werden sie von der katholischen Kirchenhierarchie und den intellektuellen Dissidenten bestärkt. Dieser Weg ist gefährlich: die Doppelherrschaft kann nicht ewig bestehen. Eine halbe politische Revolution kann nicht überleben. Entweder gewinnt die Bürokratie letztlich wieder die Oberhand, Oder die Arbeiter erobern die ganze Macht. Dann müssen sie die herrschende Bürokratie restlos stürzen. Das Programm Lenins aus "Staat und Revolution" weist diesen Weg. Es ist das Programm vollständiger Arbeiterdemokratie!

- * Verwaltung und Leitung der Betriebe, der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft durch ein Räte-system.
- * Jederzeitige Wahl- und Abwahlbarkeit aller Richter, Beamten, Funktionäre, Offiziere und Bürokraten.
- * Keine Privilegien für Funktionäre und Beamte. Sie sollen nur einen durchschnittlichen Facherlohn verdienen.
- * Beseitigung des von der Gesellschaft getrennten stehenden Heeres, stattdessen Einführung bewaffneter Arbeitermilizen. Und heute müßten wir hinzufügen:
- * Freilich für alle Parteien, die nicht mit Woffengewalt oder terroristischen Mitteln die bestehende Ordnung umstürzen wollen.

Wird dieses Programm (das auch schon in der Pariser Kommune 1871 verwirklicht wurde) nicht durchgeführt, dann wird die Bürokratie zwangsläufig letzten Endes die Oberhand gewinnen. Arbeiterdemokratie ist in einer zentralen Planwirtschaft lebensnotwendig wie Sauerstoff für den menschlichen Organismus. Ohne demokratische Arbeiterkontrolle über die Industrie werden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunehmen. Die gegenwärtige Anspannung der Arbeiter kann von den polnischen Arbeitern nicht ewig aufrechterhalten werden. Wenn die Kämpfe keine dauerhaften Erfolge bringen, setzt langweilige Enttäuschung und Frustration ein. Dann wird die Bewegung wieder abbrechen. Die Bürokratie versucht mit ihrer Hinhaltetaktik, Zeit zu gewinnen, bis zum Punkt der Demoralisierung breiter Massen. Dann würde sie auch vor militärischer Unterdrückung nicht mehr zurückschrecken.

Die Kompromißpolitik der "Solidarność"-Führung spielt bewußt oder unbewußt dieser Taktik in die Hände.

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren... und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öllinger, Pöschel Essen 170 20-433 überwiesen. (Aboppreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 54 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Renscheid, Harnsbergstr. 75

FÜR ARBEITERDEMOKRATIE IN DIE POLITISCHE REVOLUTION HAT BEGONNEN

"Wir Arbeiter müssen uns als Herren dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir uns fühlen, und so werden wir arbeiten." Diese Worte rief der Danziger Streikführer Lech Waleśa den Kollegen von der Lenin-Werft zu, nachdem am 31. August ein Abkommen zwischen Vertretern der streikenden Arbeiter im Raum Danzig und der Warschauer Regierung unterzeichnet worden war. Die seit Anfang Juni aufgefallene Streikbewegung der polnischen Arbeiter war längst über die ursprünglichen Forderungen nach einem Ausgleich für die angezogenen Fleischpreise hinausgewachsen. Im Danziger Papier mußte, wie schon zuvor in Stettin und danach in anderen polnischen Industriegebieten, die Warschauer Staatsbürokratie auf dem Papier den Arbeitern nicht mehr und nicht weniger zugestehen als das Streikrecht und die Bildung freier, von Partei und Arbeitgeber unabhängiger Gewerkschaften.

Seit Juli dieses Jahres halten im ganzen Land die Arbeiter in Hunderten von Betrieben gegen die zum 1. Juli verkündeten kräftigen Preissteigerungen speziell für Fleisch (um 40 bis 60 Prozent) gestreikt. Zum dritten Male innerhalb der letzten 10 Jahre haben sich damit polnische Arbeiter erfolgreich gegen eine drastische Verschlechterung des Lebensstandards zur Wehr gesetzt und das Warschauer Regime zum Rückzieher gezwungen. Nachdem jetzt die ersten Betriebe Teuerungszulagen erkämpft hatten, sahen sich viele Arbeiter erst richtig dazu ermuntert, dasselbe auch für sich herauszuholen.

Die herrschende Bürokratie hatte gehofft, durch solche wirtschaftlichen Zugeständnisse "Ruhe und Ordnung" im Lande wieder herzustellen. Doch das Gegenteil war der Fall. Die Erfolge der Streikenden steigerten ihren Appetit. Die Forderungen wurden sich ihrer Stärke bewußt. Die Forderungen gingen sehr schnell über das rein Wirtschaftliche hinaus.

Die Sperspitze dieses Kampfes bildete die Belegschaft der Lenin-Werft in Danzig/Gdansk, die schon bei den früheren Kämpfen mit in vorderster Front

gestanden hatte. In ihrem vorbildlich organisierten Kampf verzichteten die Arbeiter jedoch diesmal (anders als früher) darauf, den Unmut spontan auf der Straße zu äußern, Parteigebäude zu stürmen und so dem Staatsapparat einen Vorwand zum Blutbad zu bieten. Die Belegschaft hielt den Betrieb besetzt.

- + Anerkennung der Gewerkschaftsfreiheit.
- + Garantie des Rechts auf Streik und Sicherheit für alle Streikenden.
- + Beachtung der in der polnischen Verfassung garantierten Freiheit der Meinungsäußerung und Pressefreiheit.
- + Freilassung aller politischen Gefangenen.
- + Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparates, Abschaffung der Läden für Privilegierte.
- + Manager sollen nur aufgrund ihrer Qualifikation und nicht ihrer Parteizugehörigkeit bestimmt werden.
- + Garantie automatischer Steigerung des Grundlohns entsprechend den Preissteigerungen und des Sinkens des Geldwertes.

Bürokratie muß nachgeben

Auch viele beschwärende und drohende Gesten seitens der höchsten Staats- und Parteiführung nutzten der Bürokratie nichts mehr. Gegen Ende

August spitzte sich die Situation zu ein gesamtpolnischer Generalstreik lag in der Luft. Unter diesem Druck mußte die Regierung in der entscheidenden Gewerkschaftsfrage nachgeben.

Zunächst wurden in Stettin und Danzig entsprechende Abkommen

stets sehr einfach. Nach ihrem Weltbild sind es "antisozialistische und reaktionäre Elemente", die die Arbeiter "aufwiegen" und den "Sozialismus gefährden". Warum - so mag man da fragen - lassen sich dann nach 35 Jahren polnischem "Sozialismus" die Arbeiter immer

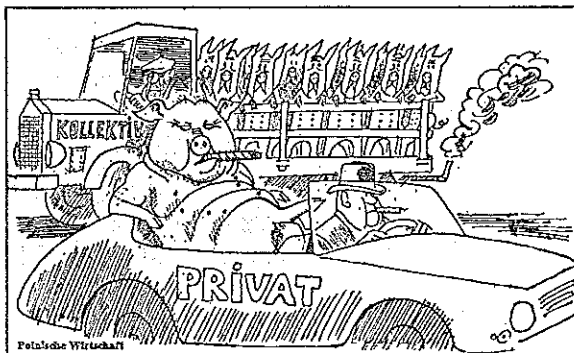
1976

Höhere Löhne ließen die Nachfrage besonders nach Fleisch ansteigen, und so war die nächste Krise bereits vorprogrammiert. Als im Juni 1976 Ministerpräsident Jaroszewicz drastische Preiserhöhungen ankündigte, zwangen ihn die Arbeiter binnen 24 Stunden zur Zurückstellung dieser Maßnahmen. Im ganzen Land war es zu Streiks und Demonstrationen gekommen, teilweise auch zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Seither hat das Regime wieder mit verstärkter Unterdrückung aktiver oppositioneller Arbeiter und intellektueller versucht, der Lage Herr zu werden. Die wirtschaftlichen Steigerungsraten nahmen gegen Ende der 70er Jahre immer mehr ab, der Lebensstandard sank, die Unzufriedenheit wuchs weiter an.

Sündenböcke geopfert

Schon auf dem Parteitag der "Verengigten Arbeiterpartei" im Februar 1980 kam es zu lebhaften Debatten und Auseinandersetzungen, wie man sie sonst von einem stalinistischen "Einheits"-Parteitag gar nicht kennt. Diesmal mußte Ministerpräsident Jaroszewicz als Sündenbock erhalten und abtreten. Mit ihm mußte ebenfalls eine Reihe hoher Wirtschaftsfunktäre gehen. Die geballten Probleme blieben. Es war nur noch eine Frage der Zeit, bis der unumgängliche Funke neuer Preissteigerungen zu einer Explosion führen würde. Anfang September erließ Parteichef Gierek dasselbe Schicksal wie zehn Jahre zuvor seinen Vorgänger Gomulka: Er wurde "seiner Aufgaben entbunden".

Die Bewegung der polnischen Arbeiter ist der Anfang einer politischen Revolution, an deren Ende nur der vollständige Sturz der schwarzrotzerischen Bürokratie und die Errichtung einer echten sozialistischen Demokratie stehen kann. Anders als 1956 und 1970 lassen sich die Arbeiter jetzt nicht mehr mit einem Etikettenschwindel abspenseln. Sie verlassen sich viel mehr auf ihre eigene, disziplinierte Kraft, und die Forderungen des Danziger Streik-



geschlossen. In anderen Industriezentren mußten die Arbeiter bis weit in den September hinein weiter streiken, um von den Brücken und Provinz-Bürokraten Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit schriftlich garantiert zu bekommen.

Mit Erklärungen für all dies machen es sich die stalinistischen Bürokraten

noch von einer Handvoll Agenten "irreleiten"? Und warum läßt sich dann die Staatsführung dazu herab, etwas so "unerhörtes" wie Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit schriftlich zu garantieren?

Kümpferische Traditionen

Ebensowenig zur Erklärung der polnischen Misere taugen auch Hinweise auf "subjektive Fehler" und "Auswüchse" bei einzelnen Spitzenbürokraten, auf Mißernten oder sonstige "Schicksalsschläge". Mit personellen Veränderungen, mit dem Rausschluß einzelner Sündenböcke und mit kosmetischer Flickschusterei am stalinistischen System ist dieser Krise nicht beizukommen. In immer kürzeren Abständen (1956-1970-1976-1980) haben sich die polnischen Arbeiter gegen schlechte Lebens- und Arbeitsbedingungen aufgelehnt und damit begonnen, sich unabhängig zu organisieren und Forderungen aufzustellen, die letzten Endes die gesamte Herrschaft der privilegierten Bürokratie in Frage stellen. Bisher jedenfalls ist es der Bürokratie dabel gelungen, mit einer Mischung aus (vorläufigen) Zugeständnissen einerseits und brutaler Unterdrückung andererseits ihre Existenz zu retten und die Arbeiter hinzuhalten.

1956

Im Herbst 1956 (gleichzeitig mit der ungarischen Revolution) holte sich die in Bedrängnis geratene Bürokratie Gomulka an die Spitze von Partei und Staat. Gomulka hatte selbst kurz zuvor noch als Opfer stalinistischer Säuberungen im Gefängnis gesessen und konnte so seine Popularität unter der Bevölkerung ausnutzen, um die Bewegung in Schranken zu halten und in den darauffolgenden Monaten schrittweise alle Ansätze zu einer echten Arbeiterdemokratie zu zerstören.

In wenigen Jahren hatte Gomulka seinen Vorschußkredit bei den Arbeitern verspielt. Was blieb, war dieselbe alte bürokratische Unfähigkeit, Korruption und Bevormundung, mit den in den totalitären Diktaturen Osteuropas wohlbekannten Auswirkungen niedrige Arbeitsproduktivität, mangelhafte Versorgung mit Konsumgütern und Ersatzteilen, wirtschaftspolitische Zickzacks zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung sowie Stagnation des Lebensstandards.

1970/71

Als im Dezember 1970 Preissteigerungen der Lebensmittel von durchschnittlich 20 Prozent angekündigt wurden, kam es in den Industriezentren an der Ostsee zu Streiks, die sich zum Arbeiteraufstand ausweiteten. Gomulka wurde als Sündenbock geopfert, und sein Nachfolger Gierek konnte noch so eben die Arbeiter beschwichtigen, indem er schießlich die Preiserhöhungen rückgängig machte.

Gierek versuchte, mit einem großzügigen Investitionsprogramm die Industrie zu modernisieren, die Produktivität zu steigern und die Löhne zu erhöhen. Die dazu notwendigen westlichen Kredite jedoch ließen die Auslandschulden in die Höhe schnellen, und zur Devisenbeschaffung mußten mehr Lebensmittel exportiert werden.

EINDRUCKSVOLLE ERRUNGENSCHAFTEN, ABER:

PLANWIRTSCHAFT OHNE DEMOKRATIE WIE LEBEN OHNE SAUERSTOFF

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist in Polen das kapitalistische Privatigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und durch eine zentral geplante und gelenkte Wirtschaft auf der Grundlage des Staatseigentums ersetzt worden. Auf dieser Grundlage konnte das Land trotz aller verheerenden Kriegsfolgen und der sowjetischen Demontage bedauerliche wirtschaftliche Fortschritte erzielen und sich zu einem der 10 wichtigsten Industrieländer der Erde emporzuschwingen. Hier einige Beispiele:

*ELEKTRIZITÄTSPRODUKTION:

1950: 9,4 Mrd. Kilowatt-Stunden
1960: 29,3 Mrd. Kilowatt-Stunden
1970: 64,5 Mrd. Kilowatt-Stunden
1978: 116,0 Mrd. Kilowatt-Stunden

*ROHSTAHLPRODUKTION:

1950: 2,5 Millionen Tonnen
1960: 6,7 Millionen Tonnen
1970: 11,8 Millionen Tonnen
1978: 19,3 Millionen Tonnen

*STEINKOHLEFÖRDERUNG:

1950: 78 Millionen Tonnen
1960: 104 Millionen Tonnen
1970: 149 Millionen Tonnen
1978: 193 Millionen Tonnen

*STICKSTOFFDÜNGERPRODUKTION:

1950: 77.300 Tonnen
1960: 270.000 Tonnen
1970: 1.030.000 Tonnen
1978: 1.470.000 Tonnen

*LKW-PRODUKTION:

1950: 800 Stück
1960: 19.500 Stück
1970: 41.400 Stück
1978: 55.300 Stück

des deutschen Nazi-Regimes kontrollierte die siegreiche Rote Armee die Umwandlung der Produktionsverhältnisse, und so entstand ein Staatsgebilde nach dem Muster der stalinistischen Sowjetunion. Nicht die demokratisch organisierte Arbeiterklasse, sondern eine Schicht abgehobener privilegiierter Bürokraten kontrollierte nun den Staatsapparat mittels seiner Armee, Polizei und Justiz. Mit den Mitteln einer totalitären Diktatur, die keine Opposition, keinen Widerstand duldet und jeden Ansatz zu selbständiger Initiative und kritischem Denken erstickt, läßt sich jedoch keine hochentwickelte Planwirtschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf gesunde Weise weiterentwickeln. Es kommt zwangsläufig zu Fehlplanungen, Bestechung, Vetterwirtschaft, Vergeudungen, Verschwendungen und Amtsmißbräuchen. Die wiederholten verzweifelten Appelle der Bürokratie an die Arbeiter, ihre Forderungen nach Erhöhung und Verbesserung von Arbeitsdisziplin, Produktivität und Qualität der Waren sind ein Eingeständnis dafür, daß ihr Herrschaftssystem seine anfänglich noch relativ fortschrittliche Rolle ausgespielt hat.

Heute kann Polens Wirtschaft nicht einmal die Wachstumsraten mancher westlicher Industrieländer erreichen!

1977: +5,0%
1978: +2,8%
1979: -2,0%

Der wirtschaftliche Aufschwung Anfang der 70er Jahre (mit Wachstumsraten um 10% jährlich) wurde mit westlichen Krediten zum massiven Einkauf westlicher Technologie ermöglicht. Mit knapp 20 Milliarden Dollar (36 Mrd. DM) ist Polen daher heute das am höchsten verschuldete Ostblockland.

Doch selbst viele dieser Käufe erweitere den Katalog bürokratischer Mißwirtschaft: 1979 - so berichtete kürzlich der polnische Generalstaatsanwalt - sind wegen überleitet und unnötiger Käufe in 29 Unternehmen Maschinen im Wert von 4 Milliarden Zloty (250 Millionen DM) ungenutzt geblieben.

Rückständige Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist einer der schwächsten Punkte der polnischen Wirtschaft geblieben. Während zwischen 1950 und 1978 die Zahl der Industriearbeiter von 2,1 Millionen auf 4,8 Millionen angestiegen ist, ist die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten mit heute 5,4 Millionen fast unverändert geblieben. 70% des Ackerlandes sind in Privatbesitz, der Ertrag ist aufgrund der Überalterung der Landwirte und der mangelhaften Mechanisierung mäßig. Der Pferdebestand Polens hat zwischen 1950 und 1978 von 2,8 Millionen auf 1,9 Millionen nur mäßig abgenommen. (Zum Vergleich: in der BRD waren es schon 1954 nur noch 1,7 Millionen Pferde).

Vom Weltmarkt abhängig

Zur Finanzierung der Importe und zur Abzahlung der westlichen Kredite ist Polen gezwungen, einen Teil seiner landwirtschaftlichen Produkte in den Westen auszuführen. Das polnische Rindfleisch, das den Arbeitern dort fehlt, ist bei uns in Supermärkten zu Schleuderpreisen zu haben. Gleichzeitig dämpfte die kapitalistische Wirtschaftskrise im Westen den Export von Industriegütern aus Polen.

Aus all diesen Tatsachen müssen drei zentrale Schlußfolgerungen gezogen werden:

- * Das bürokratische System kann kein einziges der polnischen Wirtschaftsprobleme lösen. Eine Planwirtschaft braucht die Demokratie wie ein Körper den Sauerstoff.
- * Der Sozialismus kann nicht isoliert in einem Land aufgebaut werden. Erst auf Weltweite wird sich die Überlegenheit einer Planwirtschaft richtig erweisen können.
- * Nur eine politische Revolution, die die Bürokratie stürzt und die Verwaltung und Kontrolle der Industrie und des Staates in die Hände der Arbeiterklasse legt, kann die polnische Wirtschaftskrise lösen und den Weg zu einer wirklich sozialistischen Gesellschaft eröffnen.



STREIKFÜHRER LECH WALEŚA

komitees tragen bereits deutliche Züge des Programms der politischen Revolution. Nicht zufällig stand und steht jetzt zunächst die Gewerkschaftsfrage im Vordergrund. In den ersten Jahren nach der Russischen Revolution, als die Sowjetunion noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat war, wies schon Lenin auf die Notwendigkeit unabhängiger Gewerkschaften hin, über die sich die Arbeiter gegen Fehler, Übergriffe und bürokratische Auswüchse ihres eigenen Staates verteidigen könnten.

Doppelherrschaft

Im heutigen Polen besteht im Ansatz eine Art von Doppelherrschaft. Auf der einen Seite gibt es jetzt Millionen von Übertrittenen aus den alten Staatsgewerkschaften in den neuen, unabhängigen Gewerkschaftsbund und läuft schon seit Jahren (speziell seit 1976) in vielen Betrieben ohne die Zustimmung der spontan gebildeten Ar-

Initiative wird abgewürgt

Eine zentral organisierte Planwirtschaft jedoch ist nur eine wesentliche Bedingung für den Übergang zum Sozialismus. Die politischen Voraussetzungen hierfür haben in Polen noch nicht bestanden. Nach dem Zusammenbruch

POLEN

lösungserscheinungen breitet: "Einfache" Mitglieder haben entweder selbst mitgestreikt oder verhalten sich mindestens passiv bis solidarisch gegenüber den Forderungen der streikenden Arbeiter.

Kein Zurück zum Kapitalismus

Die von der Bürokratie immer wieder zur Rechtfertigung ihrer Existenz beschworene Gefahr einer Rückkehr zum Kapitalismus ist absolut nicht gegeben. Die Streikenden haben zu keinem Zeitpunkt auch nur im Schlaf daran gedacht, ihre Betriebe wieder in die

Verbesserungen zu kämpfen: Kirche und Nationalismus

Die Eigenarten in der polnischen Geschichte und speziell die Erfahrungen unter einer totalitären, von östlichen Nachbarn gestützten Diktatur haben dazu geführt, daß nach wie vor zwei Grundstimmungen in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschen: Eine tiefe katholische Gläubigkeit und ein starker antirussischer Nationalismus.

Wie in anderen Diktaturen (Lateinamerika, Iran), so war auch in Polen die

kratte davon abgehalten, mit einem Truppenmarsch wie nach Ungarn 1956 und in die CSSR 1968 Ansätze zur Arbeiterdemokratie zu zerschlagen. Gerade jetzt muß sie sich darüber im klaren sein, daß eine solche Lösung mit unalkalibaren Risiken verbunden wäre: Die Arbeiter würden sich bis zum letzten wehren und die einfachen Soldaten der Armee auf ihre Seite ziehen.

Die Krenl-Herrscher müßten sich vor ihrer eigenen Arbeiterklasse rechtfertigen, was angesichts der Versorgungsschwierigkeiten, der jüngsten Streiks der Busfahrer und Automobilarbeiter und der Probleme mit Afghanistan die Unzufriedenheit der sowjetischen Arbeiter weiter anheizen würde.

Unruhe in ganzen Ostblock

Das heutige Polen ist ein Spiegelbild der Zukunft aller osteuropäischen Länder. Anders als 1956 und 1970 kann sich jetzt die Bürokratie nicht mehr mit neuen Geslechtern und Versprechungen über die Runden stellen. Eine neue, unbelastete Generation von Arbeitern rückt nach und hat schon jetzt in vielen Streiks die Führung übernommen. Und zum erstenmal sind in den letzten Jahren gleichzeitig aus allen osteuropäischen Ländern Meldungen über Streiks, Unmutsäußerungen und oppositionelle Bewegungen unter Arbeitern, Intellektuellen und Jugendlichen gekommen.

Politische Revolution

Die 80er Jahre werden für Polen wie für den ganzen stalinistischen Block zum Jahrzehnt der politischen Revolution werden. Der Sturz der Bürokratie und die Errichtung einer echten Arbeiterdemokratie in Polen würde den Sturz nicht nur der anderen stalinistischen Diktaturen beschleunigen. Dies würde auch Millionen von Arbeitern im Westen zeigen, daß es möglich ist, eine sozialistische Demokratie aufzubauen. Die politische Revolution in Europa wird wieder an den Forderungen Lenins von 1917 und den Zielen der ungarischen Arbeiter von 1956 anknüpfen.

* "Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen."

* "An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Offizierskorps des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen."

* "Die Beseitigung der Repräsentationsgelder aller Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter aller Amtspersonen im Staat auf das Niveau des Arbeiterlohnes".

(Alle Originaltitel aus: LENIN, Staat und Revolution, 1917)

Außer der geschichtlichen Erfahrungen mit dem Stalinismus müssen wir heute eine weitere Voraussetzung für eine sozialistische Demokratie nennen: * Auf dem Boden des Arbeiterstaates muß für alle Parteien, die nicht mit gewaltsamen und terroristischen Mitteln die bestehende Ordnung umstürzen wollen, vollständige Freiheit bestehen. Außerdem muß in jeder Partei, die den Namen kommunistisch oder sozialistisch verdient, umfassende innerparteiliche Demokratie herrschen, einschließlich der Tendenzfreiheit für verschiedene politische Strömungen und des Rechts auf Fraktionsbildung.

von Hans-Gerd Öttinger, SPD-Mitglied, Remscheid

Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie

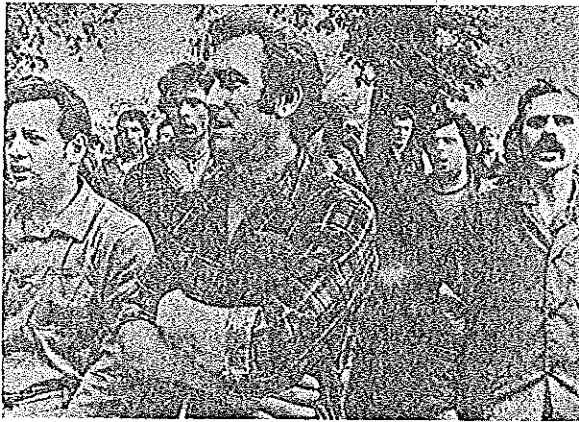
Eine VORAN-Broschüre zur Entwicklung der Sowjetunion seit der Russischen Revolution von 1917. Sie erklärt, wie es zur stalinistischen Diktatur kommen konnte. Sie liefert Informationen, Tatsachen Argumente und hilft uns, gerade die aktuellen Ereignisse in Polen besser zu verstehen. PREIS incl. Porto DM 1,50. (In Briefmarken belegen) Anzuerfordern bei: Redaktion VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid

beiterkomitees nichts mehr. Andersseits ist jedoch der Staatsapparat mit seinen Unterdrückungsorganen noch fest in den Händen der Bürokratie, und dies wurde auch in den Abkommen und den Erklärungen der Streikführer festgehalten.

Was aber soll eine bürokratische Elite tun, wenn ihr verlängerter Arm in den Betrieben abstirbt? Soll sie sich dies mit verschränkten Armen seelenruhig ansehen? Wohl kaum! In den vielen staatlichen Behinderungen beim Aufbau der neuen Gewerkschaften liegt schon der Keim für die nächste große Welle der Auseinandersetzungen, die schon in wenigen Monaten ausbrechen kann. Dann werden die Forderungen über die jetzigen hinaus noch "politischer" und offensichtlich als Mark der "bürokratischen Herrschaft selbst gehen.

Gespaltene Bürokratie

Die polnische Bürokratie bietet das Bild jeder herrschenden Schicht oder Klasse, deren Tage gezählt sind. Über das gemeinsame Ziel ihrer Selbsterhaltung sind sich die Bürokraten einig. Zerstritten jedoch sind sie über die Mittel und Wege. Die einen wollen dem Arbeiter möglichst nachgeben, was jedoch das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen der Arbeiter ansteigt und ihren Appetit auf mehr Freiheiten und Rechte wachsen läßt, die andern, oftmals die führenden Provinzbürokraten, wollen weiterhin den altstalinistischen Kurs der sturen Unterdrückung fahren (obwohl sie dadurch über kurz oder lang noch mehr Widerstand und eine Explosion provozieren würden). Die aktuellen zahlreichen Umbesetzungen bei führenden Ämtern in Partei, Staat und Wirtschaft widerspiegeln die enorme Unsicherheit und Angst der Bürokratie. Auf unterster Parteebene machen sich schon Auf-



ARBEITER DER LENIN-WERFT WÄHREND DES STREIKS IM AUGUST

Hände privater Kapitalisten, von Banken oder Aktiengesellschaften zu geben. Sie wissen, daß sich ihr Kampf nicht gegen einen Sozialismus richtet, wie ihn sich Marx und Lenin vorgestellt haben, sondern gegen bürokratische Verzerrungen und Entartungen, die von den Herrschenden in Ost und West fälschlicherweise als "Sozialismus" verkauft werden.

Die Arbeiterklasse ist die entscheidende gesellschaftliche Kraft im Lande. Andere gesellschaftliche Schichten (wie Studenten, Bauern, Intellektuelle und Künstler) haben deren Kampf weitgehend unterstützt und fühlen sich jetzt ermuntert, auch in ihrem Bereich für unabhängige Organisationen und soziale

Kirche bisher der einzige Zufluchtsort für die Bevölkerung, der von staatlichen Eingriffen weitgehend frei war. Die unverhohlenen Appelle des Kardinals Wysinsky an die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit haben jedoch einen Prozeß eingeleitet, in dessen Verlauf immer mehr Arbeiter erkennen werden, daß sich die Kirchenführer am ehesten mit den Herrschenden arrangieren und deshalb die Forderungen und Kämpfe der Arbeiter bremsen werden.

Sowjetarmee

Der starke polnische Nationalismus hat schon bisher die sowjetische Büro-

SOLIDARITÄT WIRD BITTER BENÖTIGT:

KRIEGSRECHT IN SRI LANKA GEWERKSCHAFTSKASSEN BESCHLAGNAHMT, FÜHRER EINGEKERKERT!

Vorbemerkung der Redaktion VORAN: Die oppositionellen Gewerkschaften in Sri Lanka brauchen unsere Hilfe! Wie in folgendem Rundschreiben deutlich wird, das uns erreichte, geht es um Leben und Tod. Gewerkschaften in Großbritannien hat eine ganze Reihe von Gewerkschafts- und Party-Gliederungen protestiert. Der TUC schickte ein Telegramm, in dem er seiner "ernsten Sorge" Ausdruck gibt und die "sofortige Freilassung" fordert. Der schwedische Gewerkschaftsdachverband LO hat in seiner Zeitung "LO Tidningen" einen Artikel veröffentlicht, der zur Solidarität mit den Arbeitern Sri Lankas auffordert. Der Bundesvorsitzende der "SDJ - Die Falken" schickte ebenfalls ein Telex, das die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Freilassung der Verhafteten fordert. Die Solidaritätsaktionen müssen weitergehen. Wer nähere Informationen wünscht, kann sich an den deutschen Beauftragten der United Federation of Labour (UFL), unabhängiger sozialistischer Gewerkschaftsund in Sri Lanka) wenden Kurt Pfeifle (c/o Felner), Kippdorferstr. 57, 5630 Remscheid.

AN ALLE FUNKTIONÄRE, GLIEDERUNGEN UND AKTIVISTEN IN DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTS- UND ARBEITERBEWEGUNG

Liebe Kollegen,

Vielleicht seid ihr schon telefonisch von uns kontaktiert worden, um Euer Interesse auf die Vorgänge in Sri Lanka zu lenken. Vor kurzem fand dort ein Generalstreik statt. Er war von dem Joint Trade Union Action Committee (JTUAC) ausgerufen worden. In dem JTUAC sind alle Einzelgewerkschaften und Gewerkschaftsdachverbände Sri Lankas (u. a. auch die UFL) zusammengeschlossen, die nicht von der Regierung kontrolliert sind. Als Antwort auf den Streik hat die von der United National Party (UNP) gestellte Regierung das Kriegsrecht verhängt. Hier sind einige zusätzliche Fakten.

1. Die UNP-Regierung wurde 1977 gewählt. Seither hat sie eine Reihe von Konterreformen durchgeführt. Z. B. wurden die freie Reistation und die Lebensmittelsubventionen ersatzlos gestrichen. Dies bedeutet eine drastische Verschlechterung der ohnehin bereits elenden Lebensverhältnisse der Arbeiter und Bauern Sri Lankas. Insgesamt wurde der Lebensstandard in den letzten 3 Jahren um mehr als 50%

gesenkt. Besonders hart betroffen sind die Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

2. Letztes Jahr wurden eine Reihe von antigewerkschaftlichen Gesetzen eingeführt. Diese sprachen allen Beschäftigten des öffentlichen Sektors das Streikrecht ab. Das gleiche gilt für alle Branchen des privaten Sektors, die nach Regierungsauffassung "lebenswichtig" sind.

3. Am 5. Juni führte das JTUAC einen Tag des Protestes gegen die Regierungspolitik durch. An diesem Tag griff eine bewaffnete Bande von UNP-Anhängern eine Streikpostenkette der Government Clerical Services Union (GCSU) an. Ergebnis: 30 Verletzte, 1 Toter. Ein halbtägiger Generalstreik fand am 9. Juni, dem Tag der Beerdigung statt.

4. Weil sie die Arbeitsniederlegung am 9. Juni mitorganisierten, wurden 12 Gewerkschafter von den Ratmalana Railway Workshops (Eisenbahn-Reparaturbetriebe) entlassen. Daraufhin streikten ihre 7.000 Kollegen, um ihre Wiedereinstellung durchzusetzen.

5. Auf der Grundlage einer großen Welle spontaner Streiks rief der JTUAC am 21. Juli einen unbegrenzten Generalstreik aus.

6. Am 16. Juli verhängte die Regierung das Kriegsrecht.

7. Die Streikkräfte und freiwillige Truppen sind mobilisiert worden, um den Streik zu brechen.

8. Streiks sind für "illegal" erklärt worden.

9. Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist außer Kraft gesetzt worden. Gewerkschaftliche Demonstrationen sind verboten. Hingegen wurden öffentliche Anti-Streik-Kundgebungen der UNP erlaubt.

10. Am 19. Juli wurde die Pressezensur eingeführt.

11. Am 21. Juli wurden die Kassen aller Gewerkschaften, die dem JTUAC angeschlossen sind, von der Regierung beschlagnahmt.

12. Die Regierung hat alle Beschäftigten des öffentlichen Sektors, die im Streik sind, für entlassen erklärt und stellt an ihrer Stelle Streikbrecher ein.

13. Am 8. August fanden in den 4 größten Städten des Landes friedliche gewerkschaftliche Sitzdemonstrationen statt. Die Polizei ging mit aller Brutalität dagegen vor, verletzte einige Teilnehmer schwer und verhaftete mehrere hundert. Unter den 32 verhafteten Gewerkschaftsführern sind auch Dr. Vickremabahu Karunaratne, Generalsekretär der Nava Sama Samaja Party (NSSP) und Vasudeva Nanayakkara, Präsident der UFL.

14. Am gleichen Tag wurden die Büros der dem JTUAC angeschlossenen Gewerkschaften von Militär besetzt und versiegelt. Diese Maßnahme wurde erst wieder mit der formellen Beendigung des Notstandes am 16. 08., 00 Uhr morgens aufgehoben. Die verhafteten Führer bleiben jedoch weiter inhaftiert, 100.000 - 140.000 Streikende bleiben entlassen und ausgesperrt.

Diese Vorgänge lassen vermuten, daß

die reaktionäre UNP-Regierung versucht, die Gewerkschaftsbewegung in Sri Lanka vollständig zu zerschlagen. Eine neue Verfassung ist bereits eingeführt worden, welche die Konzentration der gesamten politischen Macht in den Händen eines einzigen Mannes erlaubt - in denen von J.R. Jayawardena. Bisher ist dies nur durch die Stärke der Gewerkschaftsbewegung von Sri Lanka verhindert worden, die eine lange demokratische Tradition besitzt. Aber wenn diese Stärke gebrochen ist, dann wird das einzige Hindernis auf dem Weg zur Diktatur aus dem Weg geräumt sein. Wir rufen deshalb die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auf, aktive Solidarität mit den bedrohten Kollegen in Sri Lanka zu üben. Folgende Möglichkeiten bestehen:

1. Auf dem schnellstmöglichen Weg ein Protesttelegramm (notfalls auch Brief) schicken an: Mr. President J.R. Jayawardena, President's Office, Queen Street, Colombo 1, Sri Lanka

2. Solidaritätsadressen an: JTUAC, c/o United Federation of Labour, 17 Barrack Lane, Colombo 2, Sri Lanka

3. Geld! Geld! Geld!!! Spenden können viel helfen. Mit 30,- DM kann die Familie eines verhafteten Gewerkschafters einen Monat lang über Wasser gehalten werden. Spenden und Schecks sollten geschickt werden an: Wesley Muthiah, 19 Hawthorn Avenue, London N13, Großbritannien.

Bitte informiert uns über alle Schritte, die ihr ergreift. Sendet uns Kopien Eurer Solidaritätsadressen und Eurer Protestschreiben.

Vielen Dank für Eure Hilfe mit kollegialen Grüßen

Kurt Pfeifle (im Auftrag der UFL)

RESOLUTION

Folgende Resolution wurde am 14.08.80 von der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Aitstadt-Nord in Köln einstimmig (bei 1 Enthaltung) angenommen (außerdem wurden 70,- DM für die Gewerkschaften in Sri Lanka gesammelt):

RESOLUTION an Mr. President J.R. Jayawardena, President's Office, Queen Street, COLOMBO 1, Sri Lanka

Der Ortsverein der SPD in Köln, Bundesrepublik Deutschland, bekundet hiermit seine Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Sri Lanka und verurteilt aufs Schärfste die Eingriffe ihrer Regierung in ihren Arbeitskampf. Tausende Arbeiter streiken für die Durchsetzung einer Lohnerhöhung von 40%, um den

Lebensstandard ihrer Familien zu verteidigen und zu verhindern, daß sie verhungern! Wir Sozialdemokraten und Gewerkschafter erinnern Sie daran, daß es ein demokratisches Grundrecht ist, zu streiken, öffentliche Versammlungen abzuhalten und die Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern. Wir fordern Sie deshalb auf, alle Maßnahmen, die diese Rechte einschränken, sofort aufzuheben. Wir erinnern Sie auch daran, daß das Recht auf Arbeit ein Grundrecht jeder demokratischen Gesellschaft ist und fordern Sie deshalb auf, die 100.000 von Ihnen entlassenen Arbeiter unverzüglich und ohne Lohnverlust wieder einzustellen. Außerdem verlangen wir, daß Sie alle verhafteten Streikenden und Streikführer sofort aus dem Gefängnis freisetzen und Ihre Truppen aus den Arbeitskampfen und den Gewerkschaftsbüros zurückziehen. (14. 08. 1980)